

18к.

К Вх 136-941

Форма № 1

Хранить _____
Ст. _____
Инв. № _____

(гриф секретности)

К Вх 136-942

МИНИСТЕРСТВО ОБОРОНЫ СССР

**ЦЕНТРАЛЬНЫЙ АРХИВ
МИНИСТЕРСТВА ОБОРОНЫ РФ**

(наименование воинской части, штаба, соединения, управления, учреждения и заведения)

ДЕЛО № 184
330

ОБЗОР СОВЕТСКО-ПОЛЬСКОГО КОНФЛИКТА
СОГЛАСНО ДОКУМЕНТАМ И ОФИЦИАЛЬНЫМ
ВЫСКАЗЫВАНИЯМ ЗА 1943-1944 Г.Г.

Перевод № 600
(наименование дела)

~~№ фонда 500
№ описи 12450
№ дела 113
№ корочки 15~~

Начато " 28 " ИЮЛЯ 19 44 г.

Окончено " " " 19 г.

На " 43 " листах.

№ фонда	500
№ описи	12450
№ дела	187
№ корочки	18

Кроме того:

Внутренняя переписка на " 18 " листах.

Приложение к делу в " " пакетах на " " листах.

Верно _____

(должность, воинское звание и подпись лица, ответственного за делопроизводство)

~~11 87/9~~

D O K U M E N T E S P R E C H E N . . .

"Der polnisch-sowjetische Konflikt in
Dokumenten und offiziellen Äußerungen"
Februar 43 - Februar 44.

~~К 1540~~

ЦЕНТРАЛЬНЫЙ АРХИВ
МИНИСТЕРСТВА ОБОРОНЫ РФ

№ фонда	500
описи	12450
лв.	184
№ кс.	18

АРХИВ	О С С Р
описи	12450
№ дела	530
коробки	26

20430

Geheim

X 8

WFSt / A g A u s l a n d
Nr. 4863/44 geh Ausl II A 1

O.U., den 28. 7. 1944

An

W Kr Gesch *ms. v. v. Bc*

Anliegende Übersetzung einer polnischen Dokumentensammlung
"Dokumente sprechen" wird mit der Bitte um Kenntnisnahme übersandt.

(Ausw. Ant hat)

I.A

B. Brunn

- 1 Anlage -

Der Beauftragte des Führers für die militärische Geschichtsschreibung Staffel Berlin	
Eing.	31. JULI 1944
Nr.	<i>142/44</i>

Antwortschein	
des O & W	
7 5. AUG. 1944	
Zp.	<i>-1-</i>
Nr.	354/44 <i>geb</i>

P o l e n !

Es naht die seit langem erwartete Niederlage Deutschlands. Es kommt die Zeit der Abrechnung für die blutigen Septembertage 1939, für Wawer, Palmiry, Auschwitz, Majdanek, für die Hinrichtungen auf den Straßen Warschaus und anderer Städte.

Während das ganze Volk geschlossen und solidarisch im Kampfe gegen Deutschland ausharrt, hat uns ein neuer Feind angegriffen.

Tausende von bezahlten bolschewistischen Agenten sind jetzt über ganz Polen verstreut.

Ihre Aufgabe ist - uns innerlich zu zerschlagen und am Gängelband verlegener Losungen und Versprechungen in das Sowjet-Paradies einzuführen.

Für diese Aktion wurden Dunkelmänner, der Abschaum der Gesellschaft, Entgleiste, Verbrecher und Banditen mobilisiert.

Da aber die patriotische Gesinnung unserer Öffentlichkeit bekannt ist, begann man diese niederträchtige Arbeit mit polnisch klingenden Schildern zu bemänteln.

Aus diesen moskowitzischen Knechten wurden die P.P.R.-Polska Partja Robotnicza- (Polnische Arbeiterpartei), die räuberische „Volksgarde (Guardia Ludowa) und der „Landesnationalrat“ (Krajowa Rada Na-

garden (Krajowa Rodowa) und der „Landesnationalrat (Krajowa Rada Narodowa) gebildet, in denen sich verschiedene Leute nur nicht Vertreter der polnischen Nation befinden.

Der Kommunismus hat bei uns nur das einzige Hauptziel - das polnische Volk zu vernichten und die polnischen Gebiete den Sowjets als Beute auszuliefern.

Der Kommunismus kämpft gegen die Religion. Die Gebote Gottes „Du sollst deinen Nächsten lieben“ und „Du sollst nicht töten“ ersetzt er durch - „Hasse und morde!“

Der Kommunismus ist ein Feind der Bauern, der sie des Vätererbes beraubt und sie wie Vieh in ein Kolchos einsperrt.

Der Kommunismus ist ein Feind des Arbeiters. Er beraubt ihn der erkämpften Sozialrechte und macht ihn zum Fabriksklaven.

Der Kommunismus ist ein Feind der Intelligenz. Jeder, der des Lesens und Schreibens kundig ist und selbständig zu denken vermag, weiß Bescheid um die verbrecherischen Ziele des Kommunismus.

Wir müssen alle Kräfte zum Kampf mit der kommunistischen Seuche anspannen. Lassen wir uns nicht irreführen durch pseudo-patriotischen Benennungen und Losungen.

Bekämpfen wir mit allen uns zugänglichen Mitteln die P.P.R., die „Volksgarde“, den „Landesnationalrat“ und andere kommunistische Zellen.

Der Feind greift an. Wer nicht fallen will, muß sich wehren. Neben der einheitlichen Kampffront gegen die Deutschen laßt uns eine Einheitsfront gegen den Kommunismus bilden.

P o l e n , reißt euch ein!

Auf den Trümmern Deutschlands und Rußlands wird ein großes nationales und katholisches Polen erstehen.

Das polnische Komitee für den nationalen

Selbstschutz

Zu Nr. 4703 / 4 geh. Ag. Ausl.

3

S. K. A.

DOKUMENTE SPRECHEN...

Der polnisch-sowjetische
Konflikt
in Dokumenten und offiziellen
Äußerungen.

Februar 1943 - Februar 1944

Warschau,

im Jahre 1944

Einleitung.

Indem wir weiter unten eine Sammlung von Deklarationen und veröffentlichten Dokumenten mit kurzen Erläuterungen bringen, die sich auf die polnisch-sowjetischen Verhältnisse im Zeitabschnitt vom Februar 1943 bis zum Februar 1944 beziehen, geben wir den Lesern einen chronologischen Einblick in das Anwachsen und die Entwicklung des polnisch-sowjetischen Konfliktes, der gegenwärtig, im Endstadium des Krieges, nicht nur zum wichtigsten und schwierigsten Problem, das vor Polen steht, ist, sondern auch zu einem der allerwichtigsten, wenn nicht gar zum Kern der politischen Probleme Europas wurde. Die Bedeutung dieses Problems nämlich überschreitet weithin den Bereich der unmittelbaren polnisch-sowjetischen Beziehungen. Es geht um die allgemeine Gestaltung der Verhältnisse in Mittel- und Osteuropa, sowie um die Grundsätze der künftigen Organisation des Friedens und um den Einfluß, den die heute in der Welt tätigen Hauptmächte ausüben werden. Zwischen Deutschland und Rußland gelegen, trat Polen in den gegenwärtigen Krieg ein, da es sich mit vollem Bewußtsein den Forderungen und dem deutschen Druck widersetzte, die im Falle unserer Zugeständnisse zur Unterwerfung Polens als Vasallen Deutschlands und zum Verlust unserer Unabhängigkeit und Freiheit führen müßten. Am 1. September 1939 begann an unserer Westgrenze die bewaffnete Auseinandersetzung mit Deutschland, die infolge der Verbindung der polnischen Frage mit unseren Verbündeten im Westen sich von vornherein in ein europäisches und später in ein Weltungewitter verwandelte - anders als am Ende des 18. Jahrhunderts. Doch der Verlauf der Kriegsereignisse und der sie begleitenden politischen Erscheinungen führte uns in voller Klarheit die Gesamtheit der Folgerungen unserer Lage und unserer Nachbarschaft an den langen Grenzen mit den Teilungsmächten Deutschland und Rußland vor Augen.

Und so wie im Jahre 1939 das Problem Polens auf dem Hintergrunde der polnisch-deutschen Beziehungen für Europa zum Prüfstein der expansiven und imperialistischen Absichten Deutschlands und zur Parole für die Mobilisierung aller freiheitlichen Kräfte in der Welt wurde, so beginnt auch jetzt die Welt die Entwicklung der polnisch-sowjetischen Beziehungen als Kriterium für die Beurteilung der wirklichen Absichten der sowjetischen Politik zu betrachten, sowie zur Voraussicht der Gefahren, die auf diesem Hintergrunde die friedliche Stabilisierung der Verhältnisse in Europa nach der Niederringung Deutschlands bedrohen können.

Der Beginn des jetzigen Weltkrieges traf die Sowjets in der Phase einer konjunkturellen Verständigung mit Deutschland, mit dem Sowjetrußland das polnische Staatsgebiet aufteilte. Der Ausbruch des sowjet-russisch-deutschen Krieges brachte jedoch die Sowjets in das deutsch-feindliche Lager und führte sie zur Zusammenarbeit mit den angelsächsischen Mächten. Diese Tatsache hat jedoch, wie es nun offensichtlich wird, das Wesen der sowjetischen Bestrebungen, denen in Bezug auf Polen und Mittel- und Osteuropa der traditionelle russische Imperialismus zu Grunde liegt, wenig geändert. Das ist zu mindesten die wesentlichste und wichtigste, wenn auch naturgemäß ziemlich allgemeine Schlußfolgerung, die man aus dem Verlauf des sowjetischen Konfliktes ziehen kann.

Es ist dabei charakteristisch, daß die Sowjetunion sich auf dieser Linie in dem Maße, der für die rote Armee günstigeren Gestaltung der militärischen Lage an der Ostfront bewegt. Im Jahre 1941 stellte sich die Sowjetregierung auf den Standpunkt der völligen Annullierung der sowjetisch-deutschen Abkommen vom Herbst 1939 betreffs der polnischen Angelegenheiten. Eineinhalb Jahre später jedoch, im Jahre 1943, kehrte sie neuerlich betreffs der Grenzen zu der im Abkommen Molotow-Ribbentrop festgelegten Konzeption zurück.

55

Welche Rückschlüsse, die den Gesamtkomplex dieser Probleme kennzeichnen, drängen sich einem beim Lesen der unten gesammelten Dokumente aus dem Bereich der polnisch-sowjetischen Beziehungen auf?

1. Offensichtlich ist vor allem der ständige gute Wille Polens zu einer friedlichen Regelung der Verhältnisse mit Rußland. Sie fand ihren Ausdruck sowohl darin, daß die polnische Seite im Jahre 1941 über das alles zur Tagesordnung ging, was Polen von seiten Rußlands zwischen dem 17. September 1939 und dem 22. Juni 1941 betroffen hat, sowie auch in der ständigen bis zum jetzigen Augenblick andauernden Bereitschaft von seiten Polens zur Normalisierung der Verhältnisse, was seinen weitgehenden Ausdruck fand in dem Vorschlage der polnischen Regierung - in der Erklärung vom 15. Januar 1944 zur Erörterung des gesamten polnisch-sowjetischen Fragenkomplexes.

2. Die einzige Bedingung von seiten Polens ist die Respektierung unserer Souveränität und Unabhängigkeit, sowie aller Rechte der polnischen Bevölkerung durch Sowjetrußland. In ihrem Bemühen, Polen die tatsächliche Unabhängigkeit und die Grundlage einer freien Entwicklung zu sichern, wird die polnische Regierung unbeugsam sein und im Sinne ihrer Deklaration wird weder die Regierung noch das polnische Volk jemals irgendwelche einseitigen Gewaltakte anerkennen.

3. Die polnische Politik ließ und läßt sich in ihrem Verhältnis zu Rußland einzig und allein von polnischen Motiven, die sich aus den Lebensnotwendigkeiten und Interessen Polens ergeben, leiten, nicht dagegen von Einflüsterungen oder von außen kommendem Druck. Und so wiesen wir vor dem Kriege alle Versuche zurück, uns durch das Reich ein Zusammenwirken mit Deutschland gegen Rußland aufzudrängen. Ebenso ließen sich auch im Kriege die Polen auf keinem Gebiet von den Deutschen in eine antirussische Aktion hineinziehen. Auf dem Hintergrunde der Tragödie von Katyn wandte sich die polnische Regierung ebenso energisch gegen das „Schöpfen von Argumenten zur eigenen Verteidigung aus den Verbrechen, die anderen zum Vorwurf gemacht wurden.“

4. Recht und Pflicht der polnischen Regierung war und bleibt es jedoch weiterhin, von Sowjetrußland Auskunft über das Schicksal der polnischen Offiziere und der hunderttausende Zivilpersonen zu fordern, die in das Innere Rußlands verschleppt worden sind. Rußland hat sich jedoch der Erteilung dieser Auskunft und der Betreuung der Verschleppten durch polnische Faktoren entzogen. Trotzdem hat die polnische Regierung entgegen den sowjetischen Behauptungen in keinem offiziellen Schritt eine grundsätzliche Stellung in der Frage des Verbrechens von Katyn genommen und auch keine öffentliche Anklage an die Adresse der sowjetischen Faktoren erhoben.

5. Da auch die polnische Regierung die Notwendigkeit der Einigkeit unter den Alliierten gegen Deutschland erkannt hat, brandmarkte sie ausdrücklich die Bemühungen, Mißtrauen unter die Alliierten zu säen und war ständig auf der Hut zum Schutze der Einigkeit der Alliierten, zu deren Aufbau sie in hohem Maße durch die Verträge mit Rußland vom Jahre 1941 beigetragen hat, indem sie dadurch den Abschluß einer Verständigung zwischen England und dem neuen Gegner Deutschlands im Osten erleichterte. Es ist jedoch nicht die Schuld Polens, wenn im Lichte der Unternehmungen der Sowjetpolitik die politischen Kriegsziele Rußlands vollkommen andersartig sich abzeichnen als die Ziele Großbritanniens und der Vereinigten Staaten

6. Der Vorwurf, den man Polen über irgendwelche imperialistischen Bestrebungen mit Bezug auf Rußland gemacht hat, ist absurd. Es genügt, sowohl das gegenwärtige Bevölkerungs-, Territorial-, Militär- und Wirtschaftspotential Polens und Rußlands, sowie die Entwicklungsmöglichkeiten auf diesem Gebiet für die Zukunft zu vergleichen, um alle der-

4.

derartigen Stimmen als unsinnig und bewußt böswillig zu erkennen.

7. Wenn es um die Beurteilung der russischen Haltung gegenüber Polen geht, so ist es im Sinne der nachstehenden Dokumente klar, daß Rußland gegenwärtig eine Regelung der Beziehungen zu Polen nicht wünscht hingegen ein Höchstmaß taktischer Bewegungsfreiheit gegenüber Polen herauszumanövrieren sucht, um sich vor dem internationalen Forum eine Politik für diese und jene direkten Schritte und Schachzüge zu erleichtern. Die Angelegenheit von Katyn, deretwegen sich die Sowjets „beleidigt“ fühlten und die diplomatischen Beziehungen abgebrochen haben, diene hier lediglich als Vorwand. Die sowjetische Taktik zielt auch auf die Erschütterung der Stellung der polnischen Regierung ab.

Erster Teil.

Die erste Phase der Krisis.

Im Herbst 1942 und im Winter 1942/43 machten sich in den polnisch-sowjetischen Beziehungen - die durch den Normalisierungsvertrag vom 30. Juli und das während der Reise des General Sikorski nach Rußland geschlossene Abkommen vom 4. Dezember geregelt waren - immer bedrohlichere Risse bemerkbar. Sie entstanden sowohl infolge der Nichteinhaltung durch die Sowjets der Bestimmungen in der Praxis über die Entlassung polnischer Kriegsgefangener und Hunderttausender der verschleppten polnischen Bevölkerung, von der sich nur ein Teil "wiederfand" und die Betreuung seitens polnischer Faktoren erfahren durfte, sowie über die Organisation einer polnischen Armee, wie auch infolge immer öfter sich wiederholender polenfeindlicher Ausfälle der sowjetischen Propaganda.

Als Grundlage und Ausgangspunkt der sowjetischen Ansprüche auf unsere Ostgebiete diente die Angelegenheit der Staatszugehörigkeit der Polen, die aus diesen Gebieten tief in das Innere Rußlands deportiert waren. Die Sowjetregierung vertrat den Standpunkt, daß diese Staatsangehörigen der Sowjetunion seien, und dass die polnischen Forderungen betreffs Einberufung von Polen in Rußland zu einer polnischen Armee, sowie der Betreuung derselben gegen die „souveränen“ Rechte der Sowjetunion verstoßen. Die Sowjets nahmen hierbei Bezug auf den „frei geäußerten Willen der Bevölkerung“ und auf den Erlaß vom 29.10.1939., auf Grund dessen die Bevölkerung der „Westukraine und Weißrutheniens“ die sowjetische Staatsangehörigkeit erlangte. Bei der Festlegung der Staatszugehörigkeit nahmen die Sowjetbehörden in bestimmten Fällen an, daß dies jedermann sei, der sich zur Zeit der Besetzung der Ostgebiete darin befunden habe, somit auch Flüchtlinge aus anderen Teilen Polens, wie z.B. die Angelegenheit Ehrlich und Alter. In anderen Fällen dagegen bedienten sich die Sowjetbehörden der Definition, daß nur die ständig in dem Sowjetgebiet lebenden Personen sowjetische Staatsangehörige seien.

Ein derartiges Vorgehen, sowie die Gesamtentwicklung, die die polnisch-sowjetischen Beziehungen seit dem 30. 7. 1941 nahmen, waren ein sichtbarer Beweis dafür, daß die Sowjets den rechtlichen Momenten keinerlei Bedeutung beimessen und sich nicht übermäßig bemühen, ihren Standpunkt von dieser Seite zu begründen, sondern ihre Politik vielmehr dem augenblicklich bestehenden tatsächlichen Kräfteverhältnis und der Kriegslage anpassen.

In der ersten Phase des Krieges zwischen Deutschland und Rußland, als die rote Armee ihre größten Niederlagen erlitt, also vom Augenblick des Abschlusses des Vertrages vom 31. 7. 1941 bis zum Herbst desselben Jahres, wurde der Vertrag im allgemeinen loyal eingehalten. Die Einberufung zum Wehrdienst umfaßte sämtliche polnischen Staatsangehörigen ohne Rücksicht auf ihre Volkszugehörigkeit. Kriegsgefangene und Gefängnisinsassen wurden entlassen, die Betreuung der Bevölkerung wurde organisiert und ein entsprechender Apparat zu diesem Zwecke aufgebaut. Im Herbst begannen die Sowjetbehörden mit der Einberufung von Juden polnischer Staatsangehörigkeit zur roten Armee, was unsererseits einen Protest hervorrief. In der Note des Volkskommissariats vom 1. 12. 1941 wurde erklärt, daß die durch die Sowjetbehörden gemachte Ausnahme von dem Erlaß vom 29. 10. 1939 hinsichtlich Personen polnischer Volkszugehörigkeit lediglich ein Beweis des guten Willens und des Wohlwollens der Sowjets gegenüber der polnischen Regierung darstellt und kann daher für letztere keine Grundlage für Forderungen betreffend Personen anderer Volkszugehörigkeit bilden. Nach dieser Note befaßte sich die polnische Regierung auch weiterhin mit der Betreuung polnischer Staatsangehöriger jeder Volkszugehörigkeit, wobei sie nicht behindert wurde. Die Schwierigkeiten entstanden dabei lediglich bei der Einberufung dieser Personen zum Wehrdienst. Mitte 1942 erfolgt die Verhaftung der Bezirksabgeordneten des Fürsorgekomitees. Es waren 100 Personen unter denen

88
sich auch einige Angehörige des polnischen Botschaftspersonals befanden. Von dieser Zeit an erschwerten die Sowjetbehörden in einem sich steigernden Maße die Betreuung der polnischen Staatsangehörigen oder machen sie gar unmöglich. Eine gewisse Entspannung in diesem Streit brachte der Herbst 1942 und die Ankunft des neuen Botschafters Romer sowie die durch ihn geführten Verhandlungen.

Ganz überraschend jedoch verfaßten die Sowjets am 1.1.1943 - während der Abwesenheit des Botschafters Romer in Rußland, der zwecks Entgegennahme von Weisungen in London weilte, eine Note, die den Ausgangspunkt und den Ursprung des gegenwärtigen Konfliktes bildet. In dieser Note stellten die Sowjets fest, daß die polnische Regierung den russischen, in der oben angeführten Note vom 1.12.1941. dargelegten Standpunkt zurückgewiesen hatte und das der polnische Standpunkt sich gegen die souveränen Rechte der Sowjetunion an der Westukraine und Weißruthenien richtet, demzufolge auch die Ausnahmen vom dem Erlaß über die Staatsangehörigkeit vom 29.10.1939 keine Anwendung mehr auf Personen polnischer Volkszugehörigkeit finden werden. Von diesem Augenblick an erfolgte die vollständige Auflösung des Organisationsapparates zur Unterstützung der Polen in Rußland, sowie der Lager von Lebensmitteln und Versorgungsgegenständen, die von Amerika übersandt worden waren.

Die Ausreisen aus Rußland wurden eingestellt und gleichzeitig begannen Verfolgungen und Verhaftungen unter der verschleppten Bevölkerung; die polnischen Pässe wurden abgenommen und vernichtet und an deren Stelle sowjetische Urkunden ausgestellt. Alle sich widersetzenen wurden eingekerkert und mißhandelt.

Die Ankunft Romers mit einem Brief von Sikorski an Stalin, die Unterredung Romers mit Stalin am 27.2.1943, die Verhandlungen Romer-Molotow (auf Vorschlag Stalins) zeitigten keine Ergebnisse und bewirkten auch keine Änderung der Methoden und des Vorgehens der Sowjets. In der Unterredung Romers mit Stalin berührte dieser zum ersten Male die Frage der Grenzen, wobei beiderseits ohne Umschweife in Ruhe ihre gegensätzlichen Standpunkte darlegten. Am 4. März wurde der Konflikt von seiten der Sowjets durch Veröffentlichung des berühmten Artikels Kornijczuks bekanntgegeben, welchen die polnische Regierung durch die Polnische Telegrafien-Agentur beantwortet hat. In diesem Artikel wurde zum ersten Male neben territorialen Forderungen auch der sowjetische Führungsanspruch in Mittel- und Osteuropa erhoben.

Dieser Umstand begann Unruhe in den polnisch-sowjetischen Beziehungen hervorzurufen und Befürchtungen zu erwecken, daß diese Beziehungen eine bedrohliche Krisis hervorrufen können, was dann in dem weiteren Verlauf der Ereignisse seine Bestätigung gefunden hat. Die weitere Entwicklung der Lage hing unter diesen Umständen vor allem davon ab, ob die Sowjetregierung ihren guten Willen gegenüber Polen zeigen und sich an den Buchstaben sowie an den Geist der im Jahre 1941 geschlossenen Verträge halten wird oder ob sie auch, wie bereits im Winter 1942/43 viele Anzeichen darauf hindeuteten, gegenüber Polen den Weg der egoistischen und imperialistischen Politik einschlagen wird, welche, trotz gegenteiliger offizieller Erklärungen, in Wirklichkeit die Bedingungen der tatsächlichen Unabhängigkeit und Freiheit Polens von innen und außen untergräbt.

General Sikorski erwartet die Einhaltung der Verpflichtungen durch Rußland.

In der New Yorker Ausgabe des Tageblattes „P.M.“ vom 2. Februar 1943 erschien eine Bemerkung von General Sikorski über die polnisch-russische Zusammenarbeit. Sikorski stellt in seinen Erwägungen u.a. fest: Polen wünscht mit Rußland in loyaler und freundschaftlicher Zusammenarbeit zu leben. da beide viele gegenseitigen und ergänzenden Fragen haben. Ich bin überzeugt, daß eine derartige Zusammenarbeit möglich

29

ist, und es ist mein Wunsch, daß sie auf gegenseitigem freundschaftlichem Verhältnis für die inneren Verhältnisse und politischen Grundsätze fußen möge, zu denen sich beide Völker bekennen. Man muß die feste Überzeugung haben, daß die internationalen Gesetze gemäß den Grundsätzen der Atlantik Charta beachtet werden, deren Unterzeichner beide Staaten sind. Nach der Unterredung mit Stalin, der sich zu einem starken und unabhängigen Polen bekannte, habe ich keine Zweifel, daß Rußland wie auch Polen die bestehenden Abmachungen genau einhalten werden, was auch das polnische Volk vertrauensvoll erwartet, das sich vorbehaltlos und unter größten Opfern ganz der Sache der Freiheit und der Unversehrtheit Polens widmet.

Polen läßt sich in keine sowjetfeindliche Aktion hineinziehen.

In der zweiten Hälfte des Februar 1943 erschien in dem offiziellen Organ der polnischen Regierung ein Artikel über die polnisch-sowjetischen Beziehungen und die Bemühungen, Polen in eine Aktion gegen Rußland hinein-zuziehen.

Im Zusammenhang mit den Bemühungen der deutschen Propaganda, die darauf hinausgingen, das polnische Volk zu einem Kreuzzug gegen die Sowjets zu bewegen, schrieb damals der „Dziennik Polski“ (Polnisches Tageblatt), daß niemand und nichts die in Not befindliche deutsche Bestie retten kann, denn nur, wie General Sikorski sagte, die Zerschlagung der großen Koalition. Wenn die große Koalition zerschlagen werden würde, und wenn die Demokratien des Westens und Rußland eigene Wege einschlugen, dann könnte Hitlers letzter Traum in Erfüllung gehen, nämlich das, was auch Friedrich dem Großen im Siebenjährigen Kriege gelungen war, nachdem die große Koalition gegen Preußen zu bestehen aufhörte.

Der „Dziennik Polski“ erinnert daran, daß im Frühjahr 1939 die polnische öffentliche Meinung die deutschen Bemühungen zur Bildung eines gegen Rußland gerichteten polnisch-deutschen Bündnisses mit Verachtung zurückgewiesen hat. Im Juli 1941 trug der polnisch-sowjetische Vertrag zur Bildung der gegenwärtigen großen Koalition bei. Die polnische Regierung rief stets zur wirksamen und größtmöglichen strategischen und politischen Zusammenarbeit mit Sowjetrußland auf. Indem die polnische Regierung den Julivertrag geschlossen hat, hatte sie auf nichts verzichtet, nichts aufgegeben, weder die Souveränität, noch das Recht auf Größe und Unabhängigkeit des Staates, andererseits aber nahm sie zur Kenntnis, daß die Sowjets von dem sowjetisch-deutschen Vertrage vom August 1939 und der sich daraus ergebenden Konsequenzen losgesagt haben.

Am Schluß stellt der „Dziennik Polski“ in seinem Artikel fest: Wir glauben, daß die Grundsätze der Atlantik-Charta, der auch die Sowjetunion offiziell beigetreten ist, allgemeines Verständnis und Anwendung finden werden. Wir wirken nicht in einem leeren Raum und sind auch in dieser Politik nicht vereinsamt. Das ist die Antwort der polnischen Kreise auf die Bemühungen Deutschlands, die Einigkeit der verbündeten Nationen durch Vorhalten der bolschewistischen Schreckschußpistole zu zerschlagen.

Austausch von Telegrammen zwischen Sikorski und Stalin.

Anläßlich des 25. Jahrestages der Erstehung der roten Armee richtete Gen. Sikorski an Stalin ein Telegramm folgenden Inhalts:

Zum 25. Jahrestage der Bildung der tapferen Sowjetarmee übersende ich Ihnen herzliche Glückwünsche anläßlich der großen Siege, die die Sowjetarmeen unter Ihrem Oberbefehl erringen. Gleichzeitig gebe ich meiner tiefen Überzeugung Ausdruck, daß das Heldentum der Sowjetarmee, wie der unbeugsame Widerstand des polnischen Volkes in Kürze mit dem Siege und mit einem gerechten und dauerhaften Frieden gekrönt werden.

Die Antwort des sowjetischen Ministerpräsidenten hat folgenden Wortlaut: Ich danke Ihnen, Herr Ministerpräsident, für die Glückwünsche anläßlich des 25. Jahrestages der roten Armee. Ich bin tief überzeugt,

1

10 22 100

daß die Zeit nicht mehr fern ist, da das russische und das polnische Volk ein für allemal aus ihren Ländern den verhassten Feind und seine Mitläufer vertreiben werden.

Der Beschluß der Ministerrates betreffs Unantastbarkeit der Ostgrenzen der Polnischen Republik.

Der Ministerrat hat am 19. Februar 1943 unter dem Vorsitz des Gen. Sikorski die polnisch-sowjetischen Beziehungen erörtert und am 25.2. folgenden Beschluß veröffentlicht.

Die polnische Regierung stellt fest, daß das polnische Volk niemals, weder vor Kriegsausbruch noch während des Krieges zu irgendwelcher Zusammenarbeit mit Deutschland gegen Rußland einverstanden war, und daß ihrerseits gegenüber der Sowjetunion der gute Wille für ein Zusammenwirken auch nach dem Siege besteht. Die polnische Regierung weist jedenfalls die böswilligen Propaganda aufs Entschiedenste zurück, die Polen irgendwelcher mittelbarer oder unmittelbarer feindlicher Absichten gegenüber Sowjetrußland bezieht: Die Anschuldigungen, daß Polen seine Ostgrenzen an den Dniepr und das Schwarze Meer anlehnen wolle, ist vollkommener Unsinn. Die polnische Regierung als Vertreterin Polens in den Grenzen, in denen es als erste unter den alliierten Nationen den ihm aufgezwungenen Kampf aufnahm, vertritt seit dem Abschluß des polnisch-sowjetischen Vertrages vom 30.7.1941 den unveränderten Standpunkt, daß in den Fragen der Grenzen zwischen Polen und Sowjetrußland der Stand vor dem 1. September 1939 weiter Gültigkeit hat und daß die Untergrabung des mit der Atlantik-Charta übereinstimmenden Standpunktes als schädlich für die Einigkeit der Alliierten betrachtet. Indem sie eine enge Zusammenarbeit und gegenseitiges Vertrauen sämtlicher Alliierten als unentbehrlich für den Sieg und einen dauerhaften Frieden hält, verurteilt sie Regierung der polnischen Republik sämtliche Tatsachen und Suggestionen, die auf die Zerschlagung oder Schwächung der einheitlichen Front der alliierten Nationen hinzielen:

Kommentar des „Dziennik Polski“

Im Kommentar zum Beschluß des Ministerrates schreibt der Londoner „Dziennik Polski“:

Die gestern veröffentlichte Erklärung der polnischen Regierung betreffend die polnisch-sowjetischen Beziehungen war sicherlich keine Überraschung für die polnische Öffentlichkeit.

Die darin formulierten Grundsätze gehören nicht erst von heute zu den Fundamenten unserer Politik und den Grundlagen, auf denen sich der Widerstand des polnischen Volkes und sein Glauben an die Zukunft stützt. Die Klarheit der Erklärung der Regierung, welche betont, daß Polen weiterhin auf dem Standpunkt der Beachtung seiner Grenzen vor dem 1. September 1939 verharret, läßt nichts zu wünschen übrig, ebensowenig fehlt es an Aufrichtigkeit gegenüber diesem Standpunkt, der den ehrlichen und tiefen Willen der gesamten Nation ausdrückt. Dies unterstreicht noch der zusätzliche Beschluß des Nationalrates, der sich auf derselben Linie bewegt, wie die Erklärung der Regierung. Unser Standpunkt in der Frage der Ostgrenzen stimmt mit den Grundlagen der internationalen Einigkeit überein, die von den zahlreichen abgeschlossenen Verträgen, mit der Atlantik-Charta an der Spitze, geschaffen wurden.

Die Sowjetregierung beanstandet die Ostgrenzen Polens.

In der Nacht zum 2. März veröffentlichte die amtliche sowjetische Presseagentur TASS die Antwort auf die Erklärung der polnischen

9.

H X A

Regierung vom 25. Februar. TASS stellt fest:

Die Erklärung der polnischen Regierung ist nicht Ausdruck der öffentlichen Meinung des polnischen Volkes. Die polnische Regierung beharrt nämlich weiterhin auf dem Standpunkt der imperialistischen Politik, die zur Teilung der ukrainischen und weißruthenischen Gebiete führte. Ohne Rücksicht auf die Tatsache der Wiedervereinigung dieser Gebiete mit dem übrigen Teil der Ukraine und Weißruthenien tritt die polnische Regierung für die Teilung dieser Staaten ein. Die Atlantik-Charta ermächtigt nicht nur niemand sich in das Leben des ukrainischen und weißruthenischen Volkes einzumischen, sondern im Gegenteil: ihre Grundsätze gewähren diesen Völkern ihr nationales Eigenleben. Polen kann keine Ansprüche auf die Ukraine und Weißruthenien stellen. Die polnischen Regierungskreise zeigen auch weiterhin kein Verständnis für diese Angelegenheit. Die Behauptung, daß „Polen vor Kriegsausbruch die Zusammenarbeit mit Deutschland ablehnte“, entspricht nicht den Tatsachen. Die ganze Welt kennt die profaschistische Annäherungspolitik an Deutschland, die von der polnischen Regierung durch ihren Minister-Beck geführt wurde, der Polen und die Sowjetunion entzweien wollte.

Die sowjetische Erklärung spricht sodann davon, daß die Ansprüche Polens zu einem Zeitpunkt erhoben wurden, in dem die Einigkeit für die Bekämpfung des deutschen Angreifers wichtig ist. Die Interessen des polnischen Volkes im Kampf um die Wiedergeburt eines starken, geeinten Polen sind mit der Frage des größtmöglichen Vertrauens und der Freundschaft unter den Völkern der Ukraine, Weißrutheniens und anderer Völker der Sowjetunion verbunden.

Die Antwort der polnischen Regierung auf die sowjetischen Ansprüche.

Am 5. März erschien eine amtliche Mitteilung der PAT (Polnische Telegrafienagentur) folgenden Inhalts:

Die Polnische Telegrafienagentur wurde durch die polnische Regierung ermächtigt, zur letzten russischen Erklärung über die polnisch-sowjetischen Beziehungen folgende Feststellungen zu treffen:

Der Rigaer Vertrag vom Jahre 1921 und seine im Jahre 1923 durch die Konferenz der Botschafter und die Vereinigten Staaten von Amerika sanktionierten Bestimmungen betreffs der Grenzen, wurden durch Rußland nicht in Frage gestellt bis zu dem zwischen der Sowjetunion und dem Dritten Reich geschlossenen Abkommen über die Teilung der polnischen Gebiete, das inzwischen durch den polnisch-sowjetischen Vertrag vom 30. Juli 1941 aufgehoben worden ist. Eine Rückkehr zu der deutsch-russischen Grenzlinie aus jenen Jahren bedarf keines Kommentars.

Die sogen. Curzon-Linie war nur während der Kriegshandlungen in den Jahren 1919/20 als Schieds- und nicht als Grenzlinie gedacht. Die von den sowjetischen Besatzungsbehörden angeordnete Abstimmung in Ostpolen im Jahre 1939 widerspricht dem Völkerrecht. Sie gehört zu den während des Krieges einseitig vollzogenen Handlungen, die von den alliierten Staaten nicht anerkannt werden. Diese können daher nicht die Grundlage irgendwelcher Rechtsbehandlungen darstellen, die die Staatsangehörigen ihres Anrechtes auf die Staatsangehörigkeit und der zu ihren Gunsten von der polnischen Regierung mit Unterstützung der britischen und amerikanischen Regierung organisierten Hilfsaktion berauben könnten.

10.

12 2/2

Sämtliche deutschen Vorschläge aus der Zeit vor 1939, die darauf hinausgingen, Polen für eine Kriegsaktion gegen Rußland zu gewinnen, wurden stets von Polen abgelehnt, was schließlich am 1. September 1939 zu dem deutschen Angriff auf Polen führte.

Die Erklärung der polnischen Regierung vom 25. Februar 1943, hinter der ganz Polen einmütig steht, hatte nicht zum Zweck, die im gegenwärtigen Augenblick so schädliche Polemik hervorzurufen, sie stellte lediglich das unleugbare Recht Polens auf die Gebiete fest, auf denen das polnische Volk mit Ukrainern und Weißruthenen zusammenleben wird, gemäß den durch die polnische Regierung verkündeten Grundsätzen. Indem sie nun die sinnlosen Unterstellungen über polnische Eroberungspläne im Osten auf das Entschiedenste zurückwies, bot die polnische Regierung und bietet auch jetzt noch der Sowjetregierung ihre Bereitwilligkeit zur freundschaftlichen Regelung der gegenseitigen Beziehungen an.

Erklärung der politischen Landesvertretung

Die politische Landesvertretung erklärt sich in vollem Umfange solidarisch mit dem Standpunkt der Regierung in der Frage der Ostgrenzen Polens, der im Beschluß des Ministerrates vom 19.2. d.J. zum Ausdruck gebracht ist, sowie mit der Antwort der Regierung vom 5. März auf die Erklärung der Agentur TASS.

Obwohl die Sowjets durch den mit Deutschland geschlossenen Vertrag vom August 1939 das Gebiet der polnischen Republik untereinander aufgeteilt hatten; obwohl sie Polen eine erfolgreiche Verteidigung gegen den deutschen Überfall unmöglich machten, ist das polnische Volk dennoch bereit, gutnachbarliche Beziehungen zu den Sowjets aufrechtzuerhalten, unter der Bedingung, daß die Sowjets die im Rigaer Vertrag bezeichneten Ostgrenzen Polens vom Jahre 1939 vorbehaltlos anerkennen und sich in die inneren Angelegenheiten nicht einmischen werden. Das gesamte polnische Volk steht unabrückbar und einmütig auf dem Standpunkt der Unantastbarkeit der Ostgrenzen Polens aus der Zeit vor September 1939.

2. Teil

Katyn und der Abbruch der diplomatischen Beziehungen.

Bei diesem Stand der polnisch-sowjetischen Beziehungen, die russischerseits - nach Maßgabe der seit Stalingrad sich bessernden militärischen Lage Rußlands an der Ostfront - charakterisiert waren von einer immer deutlicher hervortretenden Tendenz zur Untergrabung des territorialen Statuts Polens entgegen allen Abmachungen (Verträgen) aus den Jahren 1921-1939 und dem Jahre 1941 und dem Rückfall in den altrussischen Imperialismus in Bezug auf Mitteleuropa unter lediglicher Anwendung neuer sowjetisch-kommunistischer Methoden, erschienen die deutschen Enthüllungen über das Verbrechen von Katyn.

Die erste öffentliche Nachricht über das Massengrab der ermordeten polnischen Offiziere in dem 15 km nordwestlich gelegenen Wäldchen von Katyn, erschien am 14. April 1943. Gleichzeitig erschien die Nachricht über die an diese Stelle von den deutschen Behörden gebrachten Vertreter der polnischen Öffentlichkeit und die erste Liste der identifizierten Opfer, unter denen sich die Namen der Generale Smorawinski und Bohadyrewicz sowie des Obersten Halacinski befanden.

Die Massengräber, die der Reihe nach aufgegraben und von Kommissionen untersucht werden sollten, wurden nach dieser Nachricht auf 10-12 Tausend Opfer berechnet. Die Enthüllungen über Katyn, die anfangs von der polnischen Gesellschaft skeptisch aufgenommen wurden, riefen in der polnischen öffentlichen Meinung im Lande wie auch unter den Auslandspolen eine ungeheure Erschütterung hervor.

11.

Da die polnische Regierung anderthalb Jahre, vom August 1941, sich bei der Sowjetregierung um nähere Angaben über das Los der ca. 10 Tausend im September 1939 in sowjetische Gefangenschaft geratenen und spurlos verschwundenen polnischen Offiziere erfolglos bemühte, hat sie am 15. April ohne die Angelegenheit voreilig zu beurteilen und ohne die deutsche Darstellung des Verbrechens als wahr hinzunehmen, ihren Vertreter in der Schweiz beauftragt, sich an das Internationale Rote Kreuz in Genf mit der Bitte um Entsendung einer internationalen Abordnung zwecks Prüfung des tatsächlichen Sachverhaltes an Ort und Stelle zu wenden.

TASS berichtet über „archäologische Ausgrabungen“.

Am 16. April veröffentlichte die offizielle Sowjetagentur TASS eine Verlautbarung mit folgendem Inhalt:

In einer ungeschickt angefertigten Fälschung über zahlreiche Gräber, die die Deutschen bei Smolensk entdeckt haben wollen, sprechen die Lügner Hitlers vom Dorf Gniezdowaja. Die Betrüger verschweigen jedoch die Tatsache, daß gerade bei Gniezdowaja „archäologische Ausgrabungen eines historischen Friedhofes“ gefunden sein sollten. Diese Meister in ähnlichen Angelegenheiten, die Hitlerleute, haben eine ungeschickte Fälschung begangen und die Tatsache verdreht. Sie verbreiten das erlogene Gerücht über ein gewisses von den Sowjets im Frühjahr 1940 verübtes Unrecht und versuchen auf diese Weise die Verantwortung für die von den Hitlerleuten begangenen brutalen Verbrechen von sich abzuwälzen. Die sowjetische Erklärung besagt, daß sich die Deutschen zweifellos bemühen, auf diese Art das tragische Schicksal dieser polnischen Kriegsgefangenen zu verbergen, die sie zu Befestigungsarbeiten im Smolensker Gebiet benutzten.

Noch eine deutsche Lüge ?

Ausspruch des „Dziennik Polski“ (Polnisches Tageblatt)

Der amtliche Londoner „Dziennik Polski“ veröffentlicht am gleichen Tage folgendes:

Die Deutschen haben eine Nachricht über die Entdeckung von Gräbern in der Gegend von Smolensk von mehreren Tausend polnischer Offiziere veröffentlicht, die angeblich von den Sowjetbehörden im Februar und März 1940 ermordet sein sollen. Diese furchtbare Anschuldigung kann noch eine Lüge der deutschen Propaganda sein, die dazu dienen soll, das polnisch-sowjetische Verhältnis zu verschlechtern, Europa gegen Rußland zu mobilisieren und den Eindruck zu verwischen, der durch die Aufdeckung der letzten Grausamkeiten, der die Bevölkerung einer Reihe russischer Dörfer und Städte zum Opfer fiel, in der Öffentlichkeit hervorgerufen hatte. Dafür würde auch die Tatsache sprechen, daß, obwohl die Deutschen bereits seit 2 Jahren im Besitze von Smolensk sind, eben jetzt es für angebracht hielten, mit dieser auf die Aussagen der örtlichen Bevölkerung, wie sie selbst behaupten, gestützten Anklage hervortreten. Andererseits ist das Schicksal der polnischen Offiziere aus den Gefangenenlagern von Kozielsk und Starobielsk dennoch unbekannt.

Mitteilung des polnischen Ministers für Nationale Verteidigung über das unbekanntes Schicksal der polnischen Offiziere in Rußland.

Am 17. April wurde über den Londoner Rundfunk ein umfangreiches Kommuniqué des polnischen Ministers für Nationale Verteidigung, Gen. Kukiel, in Sachen der bei Smolensk verschollenen polnischen Offiziere verbreitet. Die Erklärung des Gen. Kukiel wurde von der gesamten englischen Presse veröffentlicht, die sich jedoch einer meritorischen Stellungnahme angesichts des Katyner Verbrechens enthielt.

Das Kommuniqué stellt einleitend fest, daß nach Ansicht sowjetischer Militärkreise (offizielles Organ der roten Armee „Der Rote Stern“ vom Oktober 1940) während der Kämpfe vom September (17) 1939 insgesamt 181 000 polnische Kriegsgefangene, darunter ca. 10 000 Offiziere in die sowjetische Gefangenschaft geraten sind. Nach den im Besitz der polnischen Regierung befindlichen Informationen wurden in Rußland im

14 2/14

November 1939 drei große Kriegsgefangenenlager in Kosielsk bei Smolensk, Starobielsk bei Charkow und in Ostaszkow eingerichtet. Anfang 1940 kündigten die Lagerbehörden den Gefangenen in allen diesen Lagern an, daß in Kürze die Lager aufgelöst werden. Der Stand der einzelnen Lager war damals folgender:

Kosielsk	5000 Personen, darunter 4500 Offiziere,
Starobielsk	3920 Personen, darunter 3820 Offiziere,
Ostaszkow	6750 Personen, darunter 380 Offiziere.

Die am 9. April 1940 begonnene Auflösung der Lager dauerte bis Mitte Mai. Nach und nach wurden die polnischen Offiziere gruppenweise zu 50 bis 300 Personen in Richtung Smolensk weggebracht. Aus allen drei Lagern wurden ca. 400 Offiziere in ein sowjetisches Lager im Bezirk Wologda gebracht.

Nach der Unterzeichnung des polnisch-sowjetischen Militärabkommens vom 14. August 1941 begann die polnische Regierung mit der Bildung der polnischen Armee auf dem Gebiet der Sowjetunion. Es war zu erwarten, daß gerade die Offiziere aus den erwähnten Lagern den Stamm der höheren und unteren Führer der im Entstehen begriffenen polnischen Armee bilden würden. Ende August 1941 meldeten sich im Lager der polnischen Truppen die Offiziere aus dem Sowjetlager im Bezirk Wologda, dagegen hat sich kein einziger von den Offizieren gemeldet, die aus den Lagern in Kosielsk, Starobielsk und Ostaszkow in Richtung Smolensk verschickt wurden. Insgesamt fehlten also 8300 polnische Offiziere ohne die 7000 Zivilpersonen, die sich in diesen und anderen Lagern befanden.

Bei diesem Sachverhalt hat der Botschafter der Republik Polen in Rußland, Prof. K o t und der Befehlshaber der polnischen Truppen, Gen. A n d e r s, wiederholt Anfragen an die sowjetischen Regierungs- und Militärstellen über das Schicksal dieser Offiziere gerichtet. Der Botschafter Kot wandte sich im Oktober 1941 an den Generalstaatsanwalt der Sowjetunion Wyszynski, mit der Bitte um Aufklärung über die verschollenen polnischen Offiziere. Auf diese Intervention antwortete der Staatsanwalt Wyszynski, daß alle polnischen Kriegsgefangenen aus den Lagern entlassen worden seien, sie müßten sich also in Freiheit befinden. Im Oktober und November 1941 berührte der Botschafter Kot vielfach in den Unterredungen mit Stalin, Molotow und Wyszynski die Frage der polnischen Kriegsgefangenen und verwies auf die Notwendigkeit der Beschaffung von Listen dieser Gefangenen, die von den russischen Behörden sehr genau und eingehend geführt worden sind. Während seines Aufenthaltes in Moskau im Dezember 1941 berührte Gen. Sikorski im Gespräch mit Stalin ebenfalls diese Angelegenheit und drängte auf Entlassung sämtlicher polnischen Kriegsgefangenen. Am 3. Dezember überreichte Sikorski Stalin angesichts der Tatsache, daß keine Liste beschafft wurde, eine unvollständige Liste mit 3843 Namen von Offizieren, aufgestellt auf Grund von Aussagen der Kameraden der Vermißten. Stalin versicherte, daß die Amnestie, kraft deren die polnischen Gefangenen entlassen wurden einen allgemeinen und umfassenden Charakter trug, und daß die Sowjetregierung alle polnischen Offiziere entlassen habe. Der Befehlshaber der polnischen Truppen in Rußland, Gen. Anders, wandte sich seinerseits zweimal schriftlich, zuletzt am 18. März 1942 an die sowjetischen Militärbehörden mit der Bitte um Aufklärung dieser Angelegenheit. Auf beide Anfragen hat Gen. Anders keine Antwort erhalten.

Unabhängig von der Intervention in Moskau und Kuibischew war die Frage nach dem Schicksal der polnischen Kriegsgefangenen Gegenstand mehrmaliger Vorstellungen des Ministers Raczynski beim Sowjetbotschafter bei der polnischen Regierung Bogomolow. Am 28. Januar 1942 richtete Minister Raczynski der Regierung der Republik Polen eine Note an den Botschafter Bogomolow, in der er seine Aufmerksamkeit noch einmal auf die Tatsache lenkte, daß die vielen Tausende polnischer Offiziere bisher nicht aufgefunden worden seien. In der Note vom März desselben

+ Bogomolow

15 4 15

Jahres benachrichtigte Bogomolow den Minister Raczynski, daß gemäß dem vom Volkskommissar für Auswärtige Angelegenheiten Molotow erhaltenen Aufklärungen, der Erlass des Obersten Rates der Sowjets vom 12. 8. 41. über die Amnestie für die polnischen Kriegsgefangenen und Internierten in vollem Umfange ausgeführt worden sei und sich sowohl auf Militär- wie auch Zivilpersonen bezogen habe. Der Botschafter Kot brachte am 19. Mai 1942 sein Bedauern darüber zum Ausdruck, daß die Sowjetbehörden keine Auskunft über das Schicksal der Verschollenen polnischen Offiziere erteilt habe. Bis zu dieser Zeit hat weder die polnische Regierung in London noch der polnische Botschafter in Moskau eine Antwort erhalten, wo sich die vermißten Offiziere und anderen Gefangenen aus den obengenannten Lagern befinden.

Das Kommuniqué stellt weiter fest, obwohl die Lügen der deutschen Propaganda bekannt und die Ziele der jüngsten deutschen Enthüllungen verständlich sind, so erweist es sich angesichts der außerordentlich vielen, mit allen Einzelheiten angeführten Auskünfte und angesichts der Auffindung der Massengräber von tausenden Menschen und des von der deutschen Propaganda erhobenen Verdachtes, daß sie von den sowjetischen Organen im Frühjahr 1940 ermordet wurden, für notwendig, die aufgefundenen Massengräber untersuchen sowie die angeführten Behauptungen durch die zuständigen internationalen Einrichtungen, welche die Behörden des Internationalen Roten Kreuzes sind, nachprüfen zu lassen. Unter diesen Umständen unternahm die polnische Regierung bei dieser Institution Schritte zwecks Entsendung einer Abordnung, die an Ort und Stelle die Angelegenheit prüfen und ein autoritatives Gutachten abgeben sollte.

Erklärung der polnischen Regierung.

Auf der Sitzung am 17. April unter dem Vorsitz des Gen. Sikorski machte sich die polnische Regierung mit allen Informationen über die vermißten polnischen Offiziere, deren Leichen in den Gräbern bei Smolensk gefunden wurden, sowie mit den Berichten über diese Sache aus der Heimat vertraut. Darauf wurde von der Polnischen Telegrafendienstagentur eine offizielle Erklärung veröffentlicht, die wir nachstehend wiedergeben. Die Erklärung:

1. stellt den Wunsch der polnischen Regierung nach einer unparteiischen Prüfung der Angelegenheit fest,
2. spricht den deutschen Verbrechern „das Recht ab, aus dem Verbrechen, das sie anderen vorwerfen, Argumente für ihre eigene Verteidigung zu entnehmen“ und als Verteidiger der polnischen Rechte, des Christentums und der europäischen Kultur aufzutreten.

„Es gibt keinen Polen, der nicht bis ins Innerste erschüttert wäre durch die von der deutschen Propaganda mit größtem Lärm verbreiteten Nachricht über die bei Smolensk in einem gemeinsamen Grabe gefundenen und verstümmelten Leichen der in der UdSSR verschollenen polnischen Offiziere, sowie über die Folterungen, denen sie zu Opfer fielen. Die polnische Regierung beauftragte am 15. April ihren Vertreter in der Schweiz sich an das Internationale Rote Kreuz in Genf zu wenden mit der Bitte um Entsendung einer Delegation, die an Ort und Stelle den tatsächlichen Sachverhalt prüfen möge. Es wäre zu wünschen, daß ohne geringste Verzögerung das Gutachten dieser Schutzorganisation abgegeben werden möchte. Ihre Aufgabe wird es sein, die Angelegenheit aufzuklären und die Verantwortung dafür festzulegen.“

Gleichzeitig aber bestreitet die polnische Regierung im Namen des polnischen Volkes den Deutschen das Recht, aus dem Verbrechen, das sie anderen vorwerfen, Argumente für ihre eigene Verteidigung zu entnehmen. Die voll von heuchlerischer Entrüstung betriebene deutsche Propaganda wird vor der Welt ihre an dem polnischen Volke wiederholt begangenen und noch andauernden grausamen Verbrechen nicht verbergen können. Die polnische Regierung erinnert an Tatsachen, wie das

16 8
16

Herausnehmen polnischer Offiziere aus den Gefangenenlagern im Reich und deren Erschießung für angeblich politische Vergehen vor dem Kriege, das massenhafte Fangen der Reserveoffiziere, die dann zum allmählichen Absterben in die Konzentrationslager gebracht wurden (allein aus Krakau und Umgegend wurden im Juni 1942 6000 hinausgebracht); zwangsweise Einberufung der polnischen Gefangenen aus den unrechtmäßig ins Reich eingegliederten Gebieten zur deutschen Wehrmacht; zwangsweise Rekrutierung von ca. 200 000 Polen aus deutschen Gebieten und die Erschießung der Familien derer, die noch flüchten konnten; die Ermordung von 1 500 000 Menschen durch Hinrichtungen und in den Konzentrationslagern; die letzten Verhaftungen von 80 000 Personen im wehrpflichtigen Alter, Offiziere und Mannschaften, ihre Maltretierung und Hinmordung in den Lagern von Majdanek und Treblinka.

Nicht dafür bringt Polen die unermesslichen Opfer, kämpft und erträgt es übermenschliches Leid, damit die Deutschen hieraus ihre gemeinen Ansprüche zur Verteidigung des Christentums und der europäischen Kultur stellen. Das Blut der polnischen Soldaten und Bürger, wo immer es auch vergossen wurde, ruft das Gewissen der freien Völker der Welt um Genugtuung an. Die polnische Regierung brandmarkt alle Verbrechen, die an den polnischen Staatsbürgern begangen wurden und streitet einem jeden das Recht ab, der Schuld an diesen Verbrechen gegen das polnische Volk und den polnischen Staat trägt, diese Opfer im politischen Spiel auszunutzen.

Die „Prawda“ versucht, die polnische Regierung wegen „Hilfeleistung für die Provokateure Hitlers“ zu beschuldigen.

Die Moskauer „Prawda“ schrieb am 18. April in einem Artikel unter dem Titel „Die polnischen Mitarbeiter Hitlers“, der auch über das Moskauer Radio verbreitet wurde, folgendes:

Die Deutschen versuchen noch einmal, ihre eigenen blutigen Verbrechen zu beschuldigen, indem sie die Sowjetbehörden wegen der Ermordung der polnischen Offiziere bei Smolensk beschuldigen. Die Hitlerleute beschreiben die Einzelheiten der Mordtat mit einer erstaunlichen Sachkenntnis. Je mehr sie schreien, umso klarer wird es, daß sie aus ihrer eigenen reichen Erfahrung schöpfen.. Die Hitlerleute haben die legendären jüdischen Kommissare erfunden, die angeblich an der Mordtat beteiligt waren. Die von den Deutschen angegebenen Namen sind glatt erfunden, zumal im Smolensker Gebiet niemals solche Kommissare gewesen sind. Der Aufruf des polnischen Ministers für Nationale Verteidigung an das Internationale Rote Kreuz muß als eine unmittelbar und offene Hilfe angesehen werden, die den Provokateuren Hitlers bei ihren Fälschungen erteilt wurde. Das polnische Volk wird die gegen das sowjetische gerichtete Verleumdung der Hitlerleute zurückweisen.

Auf der Linie der Auslassungen der „Prawda“, die in absurder Art die polnischen Stellen wegen Zusammenarbeit mit den Deutschen beschuldigt, beginnt sich auch die offizielle Meinung Moskaus in der Katyner Frage zu orientieren, wobei die Sowjetpropaganda zu dieser Zeit von der anfänglichen naiven Darstellung über die „archäologischen Ausgrabungen“ abrückt. Es fehlen jedoch immer noch sachliche Nachrichten über das Schicksal der Offiziere, die sich ja immerhin in sowjetischer Gefangenschaft befanden. Am 20. April gab Radio Moskau ein TASS-Kommunique durch, das unter anderen diesen Satz enthielt:

Es ist eine erwiesene Sache, das der Apell der polnischen Regierung an das I.R.K. infolge einer Verständigung der Regierung Hitlers mit den hitlerfreundlichen Elementen in der Regierung Sikorskis erfolgte. Die hitlerfreundlichen Strömungen in der Regierung des Herrn Sikorski sind heute sehr stark und gehen darauf aus, die Beziehungen zur UdSSR zu vereiteln.-

17
14

nach dem sowjetischen Rundfunk sind die Opfer von Katyn „in der Tat Leichen von speziell zu diesem Zwecke von den Deutschen ermordeten Polen. Sie haben doch bereits Hunderttausende von Polen hingemordet, und was bedeuten da für sie 10 000, besonders, da sie auf fremde Rechnung mordeten.“

Das Internationale Rote Kreuz macht seine Vermittlung von der Zustimmung der Sowjets abhängig.

Am 20. April wurde eine Erklärung des Internationalen Roten Kreuzes in Genf veröffentlicht, in der bestätigt wird, daß das I.R.K. grundsätzlich bereit ist, bei der Wahl neutraler Sachverständiger behilflich zu sein, unter der Bedingung jedoch, daß eine derartige Bitte von allen interessierten Parteien geäußert wird, gemäß der am 12. Dezember 1939 allen kriegführenden Staaten übersandten Denkschrift. (Bekanntlich haben die Sowjets dies abgelehnt und wünschten nicht die Überprüfung der Angelegenheit durch das I.R.K.)

Die Sowjets brechen die diplomatischen Beziehungen ab.

Am 25. April 1943 überreichte der Sowjetkommissar für Auswärtige Angelegenheiten, Molotow, dem polnischen Botschafter bei der Sowjetregierung eine Note, in der der polnischen Regierung der Abbruch der diplomatischen Beziehungen der Sowjetregierung zu Polen mitgeteilt wird. In dieser Note wirft die Sowjetregierung der polnischen Regierung die Verletzung der von allen verbündeten Völkern angenommenen Grundsätze der gegenseitigen Beziehungen zwischen den Staaten vor, indem sie den Behauptungen der deutschen Propaganda geschenkt hat, daß die polnischen Offiziere angeblich von den Russen bei Smolensk ermordet worden seien. Die Sowjetregierung bezeichnet diese Aktion Gen. Sikorskis, der gleichzeitig mit Deutschland die Einleitung von Ermittlungen durch das I.R.K. forderte, als gegen die Sowjetunion gerichtet. Moskau beschuldigt die polnische Regierung, daß sie im Einvernehmen mit Deutschland handelt und die deutschen Behauptungen für die Erpressung territorialer Zugeständnisse auf Kosten der Ukraine, Weissrutheniens und Litauens benutzt.

Die Erklärung der polnischen Regierung betr. die polnisch-sowjetischen Beziehungen vom 28. April 1943.

Am 28. April veröffentlichte die polnische Regierung eine die Stellung der Regierung gegenüber der Sowjetunion darlegende Erklärung. Diese Erklärung der polnischen Regierung auf die sowjetische Note hat folgenden Wortlaut:

Die polnische Regierung stellt entschieden fest, dass ihre auf die freundschaftliche Regelung der gegenseitigen Beziehungen zwischen Polen und der Sowjetunion auf der Grundlage der Integrität des polnischen Staates und seiner vollen Souveränität hinausgehende Politik die volle Unterstützung des polnischen Volkes gefunden hat und findet. Ihrer Verantwortung dem eigenen Volke und den Alliierten gegenüber bewusst, deren Einigkeit und Solidarität die polnische Regierung als Eckstein des künftigen Sieges betrachtet, hat sie sich - trotz vieler tragischer Ereignisse, die sich seit dem Einmarsch der Sowjettruppen in Polen, d. i. seit dem 17. September 1939 zugetragen - als erste zweigemeinsamer Verständigung an die Sowjetregierung gewandt. Nachdem die polnische Regierung ihre Beziehungen zur Sowjetregierung durch den Vertrag vom 30. Juli 1943 und das Abkommen vom 4. Dezember 1941 geregelt hatte, hat sie ihre Verpflichtungen streng eingehalten.

Das polnische Volk, das in enger Fühlung mit seiner Regierung handelt, kämpft unbeugsam in der Heimat und im Ausland mit dem deut-

schen Angreifer, wobei es ausserordentliche Opfer bringt. Es hat keinen Verräter hervorgebracht und liess sich auf keine Zusammenarbeit mit den Deutschen ein. Im Lichte dieser der ganzen Welt bekannten Tatsachen braucht sich das polnische Volk und die polnische Regierung gegen die Vorwürfe der Fühlungnahme und Verständigung mit Hitler nicht zu verteidigen. Die polnische Regierung hat Deutschland in der öffentlichen Erklärung vom 17. April d.J. ausdrücklich das Recht abgesprochen, die Tragödie der polnischen Offiziere für ihre hinterlistigen Zwecke zu missbrauchen, und brandmarkte entschieden die Versuche der deutschen Propaganda, unter den Verbündeten Misstrauen zu säen. Ungefähr in derselben Zeit wurde eine Note an den Sowjetbotschafter bei der polnischen Regierung gerichtet, in der die polnische Regierung noch einmal um Auskunft bittet, die zur Aufklärung des Schicksals der vermissten Offiziere beitragen könnte.

Indem das polnische Volk und die polnische Regierung in die Zukunft schauen, appellieren sie im Namen der Einigkeit der Verbündeten sowie im Namen der elementaren Grundsätze der Menschheit um Entlassung aus der Sowjetunion Tausender Familien von Soldaten der polnischen Streitkräfte, die bereits kämpfen oder sich in Grossbritannien und im Mittleren Osten vorbereiten, um am Kampfe teilzunehmen, - sowie um die Freilassung von Zehntausenden von polnischen Kindern und Waisen, für deren Erziehung sie die volle Verantwortung übernehmen würden, und die dem polnischen Volke infolge der deutschen Massenmorde besonders wertvoll sind. Die gegen Deutschland kämpfende polnische Armee braucht zur Auffüllung alle wehrfähigen Männer, die sich augenblicklich auf sowjetischem Boden befinden. Die polnische Regierung appelliert um die Freigabe derselben. Sie behält sich das Recht vor, wegen all dieser Menschen vor der Welt aufzutreten. Die polnische Regierung applliert schliesslich um die Fortsetzung der Betreuung der zahlreichen in Russland verbleibenden polnischen Bürgern.

Indem die polnische Regierung die Integrität der polnischen Republik verteidigt, die den Krieg mit dem Dritten Reich annahm, hat und wird sie - wie das in der Erklärung vom 25. Februar 1943 unterstrichen wurde - niemals die Hand nach sowjetischem Gebiet ausstrecken. Die Verteidigung der Rechte Polens und seiner Bürger ist und wird die Pflicht einer jeden Regierung sein. Die Grundsätze, um die die verbündeten Völker kämpfen und die Stärkung ihrer Solidarität um jeden Preis im Kampfe mit dem gemeinsamen Feinde, bleiben die unveränderliche Grundlage der Politik der polnischen Regierung.

Der Appell Polens an das I.R.K. ist hinfällig.

Am 4. Mai gab die "Polnische Telegraphenagentur" bekannt:

"In ihrer Erklärung vom 28. April d.J. kam die polnische Regierung nicht auf ihr Ansuchen an das I.R.K. um Überprüfung der Angelgenheit der Gräber der polnischen Offiziere, deren Entdeckung bei Smolensk durch die Deutschen propagandistisch ausgenutzt wurde, zurück. In seiner Antwort an die polnische Regierung wies das I.R.K. auf die Schwierigkeiten hin, auf die es bei der Erkdigung des polnischen Ansuchens stösst. Unter diesen Umständen betrachtet die polnische Regierung ihr Ansuchen als hinfällig.

Die Presseunterredung Marschall Stalins und die Antwort General Sikorskis.

Anfang Mai wurde in der Londoner "Times" und der New-Yorker "New York Times" die Antwort Stalins auf zwei ihm durch den Moskauer Korrespondenten dieser beiden Zeitungen übersandte Fragen veröffentlicht. Die Antwort hatte folgenden Wortlaut:

"Am 3. Mai erhielt ich Ihre beiden die polnisch-sowjetischen Beziehungen betreffenden Fragen. Hier sind meine Antworten:

19

Erste Frage: Wünscht die Regierung der Sowjetunion das Bestehen eines starken und unabhängigen Polen nach der Niederlage Hitler-Deutschlands? - Antwort: Zweifellos - sie wünscht es.

Zweite Frage: Auf welche Grundlagen müssten Ihrer Meinung nach die Nachkriegsbeziehungen zwischen Polen und der Sowjetunion gestützt sein? - Antwort: Auf die Grundlage dauerhafter, gutnachbarlicher Beziehungen und gegenseitiger Achtung oder auch, falls das polnische Volk das wünschen sollte, auf die Grundlage eines Bündnisses, das die militärische Hilfeleistung gegen Deutschland als den Hauptfeind der Union und Polens versehen würde. Hochachtungsvoll - Josef Stalin."

Diese Äusserung beantwortete der Ministerpräsident Gen. Sikorski mit einer an den Londoner Korrespondenten der "New York Times" abgegebenen Erklärung. Die Erklärung hat folgenden Wortlaut: "Die Werte des Ministerpräsidenten Stalin stimmen mit der durch ihn während meines Aufenthaltes in Moskau im November 1941 geäußerten Meinung überein. Fürwahr die Deutschen waren seit Jahrhunderten die gemeinsamen unerbittlichen Feinde sowohl der Polen, wie auch der Russen. Das polnische Volk will selbstverständlich freundschaftliche Beziehungen zur Sowjetunion unterhalten und diese auf ein gegen die Deutschen gerichtetes Bündnis stützen, jedoch ist es mir auch angesichts der so wohlwollenden Erklärung des Ministerpräsidenten Stalin schwer zurückhaltend in dem Augenblick zu sein, in dem der polnische Botschafter Russland verlässt und die Masse der polnischen Bevölkerung in der Sowjetunion ohne Betreuung und Hilfe der Regierung bleibt. Trotzdem und trotz vieler anderen Tatsachen ist die polnische Regierung bereit, eine positive Antwort auf jede sowjetische Initiative zu geben, die mit den Interessen der Republik Polen vereinbar ist, wie das in unserer gemeinsamen Erklärung vom 4. Dezember 1941 und in meiner Ansprache vom 4. Mai 1943 bestimmt wurde."

Minister Stanczyk fordert die Rückkehr der Polen aus Russland.

Am 4. Mai berichtete der Londoner Rundfunk aus Teheran, daß Minister Stanczyk in einer Ansprache dort erklärte, daß die Sowjetunion zwecks Vermeidung jeglicher gegenwärtiger und künftiger Mißverständnisse 840-900.000 Polen, die sich gegenwärtig entgegen ihrem eigenen Willen und entgegen dem Willen ihrer Regierung in Rußland befinden, befreien müßte. Die Russen haben in der Note vom 16. I. 43 tatsächlich die Anerkennung ihrer polnischen Staatsangehörigkeit zurückgezogen, nachdem Gen. Sikorski die Anerkennung der Juden und Ukrainer, die sich unter ihnen befinden, als Sowjetbürger ablehnte. Die Migration wurde vor 6 Monaten eingestellt. Minister Stanczyk fügte hinzu: "Wir könnten die territorialen Erörterungen der Friedenskonferenz überlassen, wenn die Volkstumsfrage schon jetzt erledigt werden könnte".

England wünscht den Ausgleich der polnisch-sowjetischen Beziehungen (Erklärung Minister Edens im Unterhaus).

Zu der Zeit gab Minister Eden im Unterhaus eine Erklärung über die polnisch-sowjetischen Beziehungen ab, deren Inhalt durchgegeben vom Londoner Rundfunk, lautet:

"Ich halte es nicht für notwendig, mich in diesem Augenblick mit der unmittelbaren Ursache des Streites zu befassen, ich möchte nur - wie das die polnische und sowjetische Regierung in ihren den Herren bekannten Erklärungen bereits getan haben - auf den Zynismus hinweisen der es den hitleristischen Mördern von hunderttausenden sowohl unschuldiger Polen wie auch Russen erlaubte, die Geschichte des Massenmordes zwecks Zerschlagung der Einigkeit der Alliierten für ihre Propagandazwecke auszunutzen. Von Anbeginn an machte die britische Regierung die grössten Anstrengungen, um sowohl die Polen wie auch die Russen zur Verhinderung dessen zu bewegen, daß dieses deutsche Propagandamäximum irgendeinen Erfolg erreicht. Deshalb haben wir mit grösstem Bedauern

20

zur Kenntnis genommen, daß die Sowjetregierung sich gezwungen sah, die diplomatischen Beziehungen zur polnischen Regierung abubrechen, weil diese sich mit der Bitte um Überprüfung der Wahrhaftigkeit der deutschen Geschichte an das I.R.K. wandte. Die britische Regierung hat nicht die Ansicht, für das, was geschehen ist, irgendjemanden zu beschuldigen, ausgenommen unseren gemeinsamen Feind, zu beschuldigen. Unser einziger Wunsch ist es, daß die Meinungsverschiedenheiten zwischen den Regierungen zweier verbündeter Völker wie am schnellsten ausgeglichen werden und daß die diplomatischen Beziehungen zwischen der Sowjetunion und Polen auf der Grundlage der trotz aller Schwierigkeiten von Marschall Stalin und Gen. Sikorski festgelegten Zusammenarbeit wieder aufgenommen werden. Diese Zusammenarbeit erwies sich heilbringend für die Sache der verbündeten Nationen und außerordentlich wichtig für die Zukunft und das Wohl Europas. Die britische Regierung handelt natürlich in vollem Einvernehmen mit der USA Regierung. Die britische Regierung ist davon überzeugt, daß der politische Verstand, der zum Abschluß des sowjetisch-polnischen Vertrages vom 30.7.1941 führte, noch einmal siegt. Zumindest eine Sache ist sicher - die Deutschen sollten keine Hoffnung hegen, daß ihre Manöver die gemeinsame Offensive der Alliierten oder auch den wachsenden Widerstand der unterdrückten Völker Europas schwächen werden."

Die polnischen Zugeständnisse haben eine Grenze ...
(Erklärung Gen. Sikorskis)

Gen. Sikorski erklärte in seiner Rede am 4. Mai: "Im Vergleich mit den ersten Großmächten stellt Polen nicht die Macht dar, die jene besitzen. Übereinstimmend jedoch mit den Worten des Präsidenten Roosevelt stellt es eine Macht dar, die einen entsprechenden Platz einnehmen muß. Der Krieg wird nicht nur mit Panzern, Flugzeugen und Waffen gewonnen - man kann ihn auch durch die Kraft des Geistes, durch seine Macht gewinnen. Deshalb soll die ganze Welt unseren Widerstand nicht geringschätzen. Behandelt unser Volk so, wie es das verdient hat. Ich kann mit Genugtuung Euch sagen, daß Euer Widerstand vom Westen gebührend geschätzt ist und unser Bündnis mit Großbritannien respektiert wird. Es kann uns niemand vorwerfen, daß wir nicht kämpfen. Wir haben unsere ganze Habe in den Kampf mit den Deutschen geworfen. Wir nehmen an, daß uns unser Martyrium im Kampfe für die gemeinsame Sache Verleumdung erspart. Die, den Streit hervorgerufen haben und jetzt bemüht sind ihn zu verschärfen und die Alliierten zu entzweien suchen, werden die verdiente Strafe erleiden... Wir können nichts mehr tun. Wir haben alles aus uns herausgeholt. Heute erwarten wir von der Sowjetregierung die Freigabe von zehntausenden polnischer Soldaten, Kinder, Frauen und wehrfähigen Männern, - das Recht auf die Betreuung der Polen in Rußland bis zum Augenblick ihrer Rückkehr in die befreite Heimat. Gas ist alles, was wir verlangen. Das sind also keine Forderungen, die die Einigkeit der Alliierten verletzen. Es bestehen nämlich Grenzen für die Zugeständnisse, welche die polnische Regierung nicht überschreiten wird. Polen hat immer für die Verteidigung seiner Freiheit und Integrität gekämpft und wird auch weiterhin dafür kämpfen."

Das Auftreten des Kommissars Wyschinski und die Erklärung
des Ministers Raczinsky.

Inzwischen entstanden in den polnisch-sowjetischen Beziehungen neue Komplikationen auf sowjetischer Seite durch das Auftreten des stellv. Kommissars für Auswärtige Angelegenheiten der UdSSR Wyschinski vor Korrespondenten der Auslandspresse in Moskau mit einer Reihe von ungenauen Beleuchtungen über das polnische Militär, das verdammt in Rußland aufgestellt wurde sowie über die Lage der nach Rußland verschickten polnischen Bevölkerung. Im Zusammenhang damit veröffentlichte

49.

21 x 21

die Polnische Telegrafagentur eine Erwiderung und Erläuterung von Minister Raczynski, dem Leiter des Ministeriums für Äußere Angelegenheiten; diese Erklärung lautete:

Ich befürchte, daß die Erklärung des Herrn Wyszynski, des Stellvertretenden Volkskommissars nichts zur Schaffung der in den polnisch-sowjetischen Beziehungen und im ganzen Lager der Völker zu der so erwünschten Harmonie beitragen wird. Meinerseits beschränke ich mich lediglich auf die Richtigstellung einiger Tatsachen. Die Evakuierung der polnischen Truppen aus der UdSSR war nicht die Absicht der polnischen Regierung. Das gegenseitige Abkommen vom 14. Dezember 1941 sah die Rekrutierung aller wehrfähigen Polen zur polnischen Armee auf dem Wege der freiwilligen Meldungen vor. Im Frühjahr 1942 erschwerten die Sowjetbehörden diese Rekrutierung und indem sie sich mit dem Mangel an Lebensmitteln rechtfertigten, setzten sie die Rationen der polnischen Armee auf den Stand von 44 000 herab. Weil aber die polnische Armee schon damals über 70 000 Mann zählte, deshalb wurden 30 000 Soldaten im Einvernehmen mit der britischen Regierung nach dem mittleren Osten evakuiert. Diese verlegten Truppen erhielten keine Waffen von den Sowjetbehörden. Waffen konnten trotz wiederholter Versprache auch die polnischen Kräfte nicht erhalten, die durch einige weitere Monate in der U.d.S.S.R blieben, mit Ausnahme einer Division, die nur eine teilweise Bewaffnung erhalten hat. Die polnische Regierung stellte in dem Beschluss vom 13. Juni 1942 fest, dass die poln. Armee in der U.d.S.S.R ohne Verschulden Polens nicht zu dem festgesetzten Stand gebracht wurde und keine genügende Bewaffnung erhielt, die ihr die so ersehnte Teilnahme am Kampfe gegen den gemeinsamen Feind ermöglichen würde. Der Beschluss betonte dass die polnische Regierung in ihrem Versatz einmütig ist, das die polnischen Truppen in Russland bleiben und gemeinsam mit der Sowjet Armee kämpfen müssten. Im Herbst 1942 beschloss die Sowjetregierung einseitig die Evakuierung der polnischen Armee aus dem Gebiet der U.-d.-S.-S.R und diesen Beschluss fasste sie im Einvernehmen mit der britischen Regierung. Diese polnischen Streitkräfte, die jetzt eine entsprechende Bewaffnung und Ausrüstung erhalten haben, befinden sich im Endstadium ihrer Ausbildung und sie werden in kurzer Zeit an den Kämpfen teilnehmen.

Die schwere Lage das in den Jahren 1941-1942 in sehr entfernte Provinzen der U.-d.-S.-S.R verschleppten polnischen Bevölkerung - etwa ein ein halb Millionen - legte der polnischen Regierung die Pflicht zur *Regie-*
mäßig Organisation der Betreuung und Hilfeleistung auf. Herr Wischinsky behauptet, dass die Zahl dieser Bevölkerung zur Zeit nicht gross sei. Wenn wir auch keine Möglichkeit für die genaue Feststellung der Zahl der polnischen Bürger in Russland haben und wenn wir auch wissen, dass die Sterblichkeit unter ihnen als Folge von Elend und Krankheit sehr hoch war, so ist doch zweifellos die Zahl dieser Staatsbürger nicht gering. Wenn sogar die Behauptung wahr wäre *sp* ändert das nicht die Tatsache, dass die Frage der Fürsorge für diese Bevölkerung weiterhin eine sehr brennende Angelegenheit bleibt. Der Fürsorge Apparat der polnischen Regierung besteht heute nicht mehr, da er von der Sowjet Regierung liquidiert wurde. Bis zum Augenblick seiner Auflösung stützte sich die materielle Versorgung der Verschickten in erster Linie auf die aus den USA und Gross Britanien kommende Hilfe. Mit der Verteilung dieser Hilfeleistung wurde mit Zustimmung der Sowjetbehörden und auf ihren Wunsch die Gebietsstellen betraut, die im Einvernehmen und im Auftrage der polnischen Botschaft tätig waren. Jetzt wirft *Leschin-*
sky vor, einige Angestellte dieser Artien hätten sich mit Spionage befasst und richtet diesen Vorwurf gegen Leute, die bis dahin regen und aufopfernden Anteil an der gemeinsamen Anstrengung nahmen.

Die Unterstellung als hätten sie zu Gunsten Deutschlands gearbeitet ist so fantastisch, dass ich nicht die Absicht habe sie zu beantworten. Über dies ist der unseren Leuten durch die Sowietbehörden gemachte Vorwurf einer Auskundschafts Aktion im Auftrage eines verbündeten Staates nicht nur unbegründet, ab er ich bekenne das für mich unverständlich. Er ist vielleicht auf die Eigenschaften der Gesetzgebung und die Begriffe der Sowietbürger gestützt, die weit von den in anderen Staaten üblichen Begriffen abweichen. In jedem Falle steht das in schreiendem Gegensatz zu unseren Ansichten auf die wirklichen gegenseitigen Beziehungen zwischen den Verbündeten, die den Kampf gegen den gemeinsamen Feind führen.

Der Standpunkt der Heimat.

Am 9. Mai wurde die den Standpunkt der Regierung vollkommen unterstützende Erklärung folgenden Inhalts beschlossen:
Durch die Note vom 25. April brachen die Sowjets die diplomatischen Beziehungen zu Polen ab. In dieser in aggressiver Form gehaltenen Note gaben die Sowjets als Grund für ihren Schritt die von der Regierung Polens in der Katyner Angelegenheit eingenommen angeblich zweideutige Stellungnahme an. Sie unterstellten uns dabei dass die die Ermittlung in der Katyne Angelegenheit betreffende Aktion der polnischen Regierung eine mit den Deutschen vereinbarte Handlung war. Für alle, die das Spiel der Sowjets aufmerksam verfolgen, ist es klar, dass die Katyner Sache für die Sowjets nur ein Vorwand zum Abbruch der Beziehungen mit Polen war zwecks Fortsetzung der Angriffe auf Polen mit der Absicht, von ihm und den Alliierten die Zustimmung zur Besetzung der Ostgebiete der Republik Polen sowie die Anerkennung der vollendeten Tatsachen in Bezug auf hunderttausende von nach Russland aus den polnischen Ostgebieten verschickten polnischen Bürgern, die der polnischen Staatsangehörigkeitsrechte beraubt und zwangsweise in die russische Armee eingegliedert wurden - zu erpressen.
Die Geschichte der beiden letzten Jahrhunderte - das ist eine fast endlose Kette des Zusammenwirkens zwischen Russland und Deutschland in der Bemühung, Polen ihre Gewalt mit dem Schwert aufzudrängen. Es gab in diesem Zeitabschnitt nicht ein einziges polnisches Geschlecht, dass nicht mit Russland in der Verteidigung der Freiheit Polens kämpfen musste. Gegenwärtig versuchen die Sowjets, bereits kompromittiert durch das Bündnis mit Hitler in den Jahren 1939 - 1941 und durch den gemeinsamen Einfall in Polen, die Begründung zu einer neuen Aktion gegen Polen vorzubereiten. Sie schmieden daher perfide Verwürfe der Zusammenarbeit mit dem Hitlerismus. Das polnische Volk weist diese unsachlichen Beschuldigungen mit Verachtung zurück.
Die politische Landesvertretung stellt fest, dass das Land im Streit mit den Sowjets den Standpunkt der polnischen Regierung einnimmt. Das ganze polnische Volk steht unerschütterlich auf dem Standpunkt der Unverletzbarkeit des polnischen Staatsgebietes, zu dessen Verteidigung es 1939 in den Kampf trat.
Indem es als erstes in Europa sich zum Kampf gegen die Flut des Hitlerismus stellte, verharret es weiterhin im Widerstand gegen den Okkupanten und führt den unbeugsamen Kampf unter unermesslichen Opfern an Leben und Gut von Millionen seiner Söhne weiter. Den Kampf führt es zur vollständigen Wiederherstellung der polnischen Staatlichkeit und zur Erreichung der polnischen Ziele in diesem Kriege.
Indem es unbeirrt diesen Weg beschreitet, ist aus dem polnischen Volke kein Quisling oder Wlasow (ehemal. Sowiet General) hervorgegangen. Die Politische Landesvertretung stellt fest, dass das Land die Motive der Politik der polnischen Regierung versteht, die mit Rücksicht auf die gegenwärtige kriegspolitische Lage bemüht ist, mit Sowiet-Russland gute Beziehungen zu unterhalten. Aber diese Beziehungen müssen auf die volle Respektierung der Integrität der Gebiete des polnischen Staates und die Interessen des polnischen Volkes sowie auf den Grundsatz der Nichteinmischung in die inneren Verhältnisse der Nachbarn gestützt sein.

23

Die politische Landesvertretung gibt der Zuversicht Ausdruck, daß das polnische Volk und die polnische Regierung in der Verfolgung dieser Ziele im Lager der Alliierten volles Verständnis und Unterstützung finden wird.

Die Politische Landesvertretung

Warschau, d. 9. 5. 1943.

Aus dem Rechenschaftsbericht des Ministerpräsidenten Mikolaczek vom 27. Juli 1943.

An das polnisch-sowjetische Problem geht die polnische Regierung mit einem Maximum an gutem Willen und Glauben heran. Die Regierung strebt zu einer dauerhaften Verständigung und Zusammenarbeit mit der UdSSR, aber gestützt auf gegenseitige Achtung, auf die Respektierung der gegenseitigen Rechte und Interessen, auf Grund der genau festgelegten Erklärung der Regierung Gen. Sikorskis. Wir sind uns der Schwierigkeiten, die aus der weiteren und auch jüngeren Vergangenheit herrühren bewußt, aber ich versichere die Herren, daß wir nach Maßgabe unserer Möglichkeiten arbeiten werden, um sie zu beseitigen und den Weg für eine bessere Zukunft vorzubereiten. Dieser Wunsch soll nicht nur dem Willen eines friedlichen Zusammenlebens entspringen, sondern auch aus dem gegenseitigen Verständnis der gemeinsamen Interessen im Kampfe mit dem ewigen germanischen Druck.

Aus dem Rechenschaftsbericht des Ministers Romer auf der Sitzung des Nationalrates am 30. September 1943.

Aus diesem umfangreichen Rechenschaftsbericht führen wir den die polnisch-sowjetischen Beziehungen betreffenden Absatz an:

Das polnisch-sowjetische Problem ist schwierig und ist deshalb oft Gegenstand einer beliebigen und fischen Auslegung. Unser Verhältnis zu Sowjetrußland ist einfach. Wir schauen in die Zukunft und nicht in die Vergangenheit. Wir sind der Meinung, daß jede Spaltung im Kreise der verbündeten Völker für ihren Sieg schädlich ist. Wir vermindern nicht die der Sowjetunion infolge ihres großen Einsatzes in diesem Kriege, infolge ihrer territorialen Ausdehnung und Bevölkerungszahl gebührende Stellung in der Gestaltung der Nachkriegswelt; selbst wünschen wir mit der Sowjetunion eine ehrliche und gerechte Verständigung auf Grund von gegenseitiger voller Loyalität und gegenseitiger Anerkennung der Rechte und Unabhängigkeit. In diesem Sinne wünschen wir die Aufnahme normaler Beziehungen mit der Sowjetunion im Interesse nicht nur des beiderseitigen Wirkens während des Krieges und der Solidarität unseres ganzen Lagers, aber auch im Interesse eines günstigen, friedlichen, nachbarlichen Zusammenlebens. Im Zusammenhang damit erwarten wir nicht auf der politischen, aber auf der allgemeinen Ebene humanitärer Grundsätze und auf der Ebene der grundsätzlichen Pflichten eines jeden Staates gegenüber seinen Bürgern und umgekehrt, daß der möglichst größten Anzahl von polnischen Bürgern, die sich auf sowjetischem Boden befinden, die Ausreise ins Ausland zu ihren Familien oder Beschäftigungen in der Heimat ermöglicht wird und denen, die nicht ausreisen können, es ermöglicht wird, an der Betreuung und Hilfeleistung der eigenen Regierung teilzuhaben.

Die künftigen Grenzen der wiedererstandenen polnischen Republik stellen als Ganzes einen großen Komplex von territorialen Lösungen dar, welche die Beendigung des Krieges bringt. Dieses Problem kann jedoch nicht jetzt entschieden werden, wo der Hauptfeind den größten Teil Europas und ganz Polen besetzt hat und dabei auf jede Meinungsverschiedenheit im Lager der verbündeten Völker lauert. Ich sehe aber keinen Grund umdeswillen Polen nach Beendigung des Krieges noch Opfer an eigener Bevölkerung oder Land zu den großen Opfern, die es dauernd in seiner und der Welt Verteidigung bringt, hinzuzufügen sollte. Das wäre höchst unmoralisch und gänzlich im Gegensatz mit den Idealen, um deren Triumph unser Lager kämpft.

24

Zum Thema der Haltung Rußlands zur Frage der mitteleuropäischen Föderation erklärte Minister Romer:

"Der Ministerpräsident stellte in seinem Expose vom 27.7.d.J. die Grundlosigkeit des Verwurfs fest, als ob die propäandistische Idee der Föderation in Mitteleuropa eine Tendenz zur Bildung einer sogenannten sanitären Grenze (Kordon) bedeuten sollte. Das ist ein ebenso unsinniger wie lebensfremder Gedanke wie die Stachelndrahttheorie, deren wir uns noch aus den ersten Jahren nach dem vorigen Weltkriege erinnern. Das, was ich vor einer Weile über die positiven Unterlagen der geplanten Organisation dieses Raumes gesagt habe, sollte bereits für sich genügen, um böswillige Unterstellungen zu zerstreuen. Ich erinnere gleichzeitig daran, daß einzig und allein Polen unter den heute im Lager der Alliierten befindlichen Nationen von Mitteleuropa unmittelbar an Rußland grenzt und schon aus diesem Grunde mehr als ein anderer Staat ein Interesse an der Erhaltung korrekter und freundschaftlicher Beziehungen zu dem mächtigen östlichen Nachbarn hat.

Die Souveränität der Grenzen und die Sicherheit der Staatsangehörigen.

Der Sender in Ankara brachte laut PAT (Polnische Telegrafagentur) den Inhalt einer Presseunterredung, die vom Minister Romer einem Pressevertreter gewährt wurde. Minister Romer erklärte in der Unterredung, daß der Krieg in seine kritischste Phase eingetreten sei. Was die Folgen anlangt, die sich aus den Operationen an der Ostfront ergeben, so ist die Haltung der polnischen Regierung ganz einfach: In dem Augenblick, wann die polnischen Gebiete von den Deutschen gesäubert sein werden, muß sofort die Souveränität und die Sicherheit der polnischen Staatsangehörigen garantiert werden.

Die Äußerungen des Oberbefehlshabers über die polnisch-sowjetischen Verhältnisse.

In seiner Ansprache vom 13. November an die Soldaten der polnischen Armee Ost, berührte General Soskorski das Thema der polnisch-sowjetischen Beziehungen, wobei er unter anderem folgendes sagte:

Fast zwanzig Jahre lang waren unsere nachbarlichen Beziehungen mit Rußland vollkommen korrekt. Wir nahmen an keinen Verschwörungen gegen die Sowjetunion teil. Den Vorschlag eines gemeinsamen Vormarsches gegen Rußland wiesen wir zurück. Es wäre schwierig, bessere Beweise beizubringen, daß wir keine feindlichen Absichten gegen Rußland hegten. Das Gefühl, daß wir gegen uns selbst und gegenüber den Verbündeten unsere Pflicht erfüllt haben, der Glaube an die sittlichen Ideale der Menschheit, das volle Vertrauen auf die Demokratie des Westens ist vielleicht keine schwächere Waffe als Geschütze und Panzer. Ohne jemals zu verzagen, gehen wir mit erhobenem Haupt und reinem Herzen in den Kampf gegen den Feind.

Nach der Überschreitung der Grenzen der Republik durch die Sowjettruppen.

laut Mitteilung der Kriegsberichte überschritten die Sowjettruppen am 4. Januar 1944 die polnisch-sowjetische Grenze. Auf diese Weise haben die unmittelbaren Kriegsoperationen wiederum Eingang gefunden in den Ländern der Republik und die Tatsache der Nichtregelung und des Konfliktes in den polnisch-sowjetischen Beziehungen begann nicht nur an politischer, sondern auch an realer Bedeutung zuzunehmen. Unter diesen Bedingungen ergriff die polnische Regierung die Initiative zur Klärung der polnisch-sowjetischen Beziehungen, indem sie ihren Willen zur Herbeiführung einer Verständigung bekundete, aber gleichzeitig erklärte, dass sie einseitige Lösungen nicht anerkennen werde. Die Note der polnischen Regierung an die Alliierten Regierungen bildete den Anfang einer neuen Serie von polnischen und sowjetischen Erklärungen.

Erklärung der polnischen Regierung zur Frage der Überschreitung der Grenzen der polnischen Republik durch die Sowjettruppen (5.1.1944).

Am 5. Januar 1944 übersandte die polnische Regierung an alle alliierten Regierungen, mit denen sie diplomatische Beziehungen unterhält, folgende Erklärung, die auf einer Sitzung des Ministerrates beschlossen wurde.

Im siegreichen Kampfe gegen den deutschen Eindringling überschritten, wie Mitteilungen besagen, die Sowjettruppen die polnische Grenze. Diese Tatsache beweist den weiteren Zusammenbruch der Deutschen und kündigt die unausbleibliche Kriegskatastrophe an, die das polnische Volk mit der Hoffnung auf eine baldige Befreiung erfüllt.

Das polnische Volk bot als erstes dem deutschen Ansturm die Stirn und ringt seit über 4 Jahren, trotz beispiellosen Opfer und Leiden unaufhörlich mit der Übermacht, ohne einen Quisling aus seiner Mitte hervorgebracht zu haben, indem es jeden Kompromiss und jede Zusammenarbeit mit dem Eindringling ablehnt. In seinen zahlreichen Aktionen schlug die polnische Geheimbewegung vor allem auf die empfindlichsten deutschen Stellen los, verübte Sabotage in jeder Form und bestrafte die frevelhaftesten Individuen der Verwaltung des Okkupanten mit dem Tode.

Die polnischen Streitkräfte ausserhalb des Landes, zweimal wieder aufgebaut, kämpfen ohne Unterlass in der Luft, zur See und zu Lande an der Seite unserer Alliierten. Es gab keine Front, wo das polnische Blut sich nicht mit dem Blute der anderen Freiheitskämpfer vermischt hätte, es gab kein Land in der Welt, wo die Polen nicht mitgewirkt hätten im Dienste der gemeinsamen Sache. Das polnische Volk hat daher das Recht im Augenblick der Befreiung von der feindlichen Okkupation volle Gerechtigkeit und Genugtuung zu erwarten.

Die schnelligste Wiederherstellung der souveränen polnischen Staatsverwaltung in den befreiten Ländern der Republik, die Sicherung des Lebens und der Habe ihrer Bürger ist die unumgängliche Voraussetzung dieser Gerechtigkeit. Die polnische Regierung als einziger und rechtmässiger von dem Lande und von den Polen im Auslande, sowie von den alliierten und freien Regierungen voll anerkannter Sprecher des polnischen Volkes, des Kriegseinsatzes der Nation bewusst und für ihr weiteres Schicksal verantwortlich, stellt die unzerstörbaren Rechte Polens auf die Unabhängigkeit fest, die sanktioniert sind in den allen alliierten Nationen gemeinsamen Parolen der Atlantik-Charta und in den bindenden internationalen Verträgen.

26

Die Bestimmungen dieser Abkommen, die nicht den Ausdruck bilden für das Übergewicht der einen Seite und des Unrechts für die andere Seite, sondern für die freiwillige Einmütigkeit der Vertragsschliessenden, können nicht auf dem Wege vollzogener Tatsachen geändert werden.

Durch sein Vorgehen im Verlaufe dieses Krieges hat das polnische Volk bewiesen, dass es ihm durch Gewalt aufgedrangte Lösungen nicht anerkannt hat und nicht anerkennen wird. Die polnische Regierung erwartet, dass die Sowjetunion ihre Anschauung über die Notwendigkeit künftiger freundschaftlicher Beziehungen zwischen den beiden Staaten im Interesse des Friedens teilt und zur Sicherung vor der deutschen Vergeltung die Rechte und Interessen der Republik und ihrer Bürger achten wird.

In dieser Überzeugung befahl die polnische Regierung in den Instruktionen für die unterirdischen Landesbehörden vom 27. Oktober 1943 den weiteren ununterbrochenen Widerstand und die Steigerung des Kampfes gegen den deutschen Okkupanten, sowie die Vermeidung von Konflikten mit den Sowjettruppen, die im Kampfe gegen die Deutschen in Polen einrücken, wie auch die Aufnahme der Zusammenarbeit mit den Sowjetkommandos für den Fall der Erneuerung der polnisch-sowjetischen Beziehungen. Sofern die polnisch-sowjetische Verständigung, wozu die polnische Regierung ihre Bereitwilligkeit kundgab, der Überschreitung der polnischen Grenze durch die Sowjettruppen vorangegangen wäre, so hätte diese der unterirdischen Landesarmee die Möglichkeit zur Gleichschaltung ihrer Aktionen mit den sowjetischen Militärbehörden gegen den deutschen Okkupanten gegeben.

Die polnische Regierung betrachtet eine derartige Verständigung für höchst wünschenswert. In dieser Stunde des Umbruchs, deren Bedeutung für den Verlauf des Krieges und der Folgen in Europa für alle offenkundig ist, gibt die polnische Regierung diese Erklärung ab im Vertrauen auf den endgültigen Sieg und auf den Triumph der gerechten Grundsätze, die von den alliierten Nationen verteidigt werden.

Ansprache des Ministerpräsidenten Stanislaus
Mikolajczyk an das Land. (6.1.1944)

"Polen! Wir stehen vor einer neuen geschichtlichen Wende. Laut Mitteilung aus Moskau überschritten die Sowjettruppen in einem erbitterten siegreichen Kampf gegen die Deutschen vor-dringend die Grenzen Polens. Das Gespenst der endgültigen Niederlage unserer Todfeinde, der Deutschen, gegen die wir ohne Atempause seit dem 1. September 1939 kämpfen, kommt immer näher. Es stärkt die Hoffnung auf eine baldige Befreiung und bringt uns die Stunde unserer endgültigen Abrechnung mit den Deutschen näher, die ohne Rücksicht auf die politische Lage erfolgen wird. Wir würden es vorziehen, den Sowjettruppen nicht nur als Allierten unserer Alliierten, die gegen denselben gemeinsamen Feind kämpfen, sondern als unseren Alliierten zu gebegnen. Der Standpunkt der Regierung vom 27. Oktober des vergangenen Jahres ist Euch bekannt. Sie befahl damals den unterirdischen Landesbehörden im Sinne des festgelegten Planes die Fortsetzung des weiteren allgemeinen, organisierten, niemals unterbrochenen Widerstandes, die Steigerung des Kampfes gegen den deutschen Okkupanten, die Vermeidung aller Konflikte, die aus dem Mangel der polnisch-sowjetischen Beziehungen entstehen könnten, die Aufnahme der

25

24

Zusammenarbeit mit den Sowjetkommandos für den Fall der Erneuerung der polnisch-sowjetischen Beziehungen. Wir kennen auch den Standpunkt, der von der verantwortlichen Führung des Unterirdischen Kampfes betreffs der Ausführung dieser Befehle eingenommen wurde. Noch in den letzten Tagen unternahmen wir weitere Schritte, damit Euer Kampf um die Freiheit und Unabhängigkeit noch enger in Einklang gebracht werden konnte mit der gemeinsamen Kriegsanstrengung aller alliierten Nationen. Wir begannen den Kampf am 1. September 1939 im Augenblick des Überfalles durch die Deutschen. Gegen sie führten und führen wir den Kampf ohne Unterbrechung, und ohne Gnade setzen wir uns systematisch in unserem Bereich und im Rahmen unserer Möglichkeiten auseinander, ohne zu ruhen, bis sie endgültig besiegt sein werden.

Indem wir uns auf die unzerstörbaren Rechte Polens, auf die Unabhängigkeit, auf die Deklarationen und Verpflichtungen unserer Alliierten und der alliierten Nationen stützen, fordern wir die Respektierung der Rechte und Interessen der Republik, ihrer Staatsverwaltung sowie ihrer Bürger in jeder Situation des Krieges, in jedem Stadium der politischen Lage. Da wir unsere Pflicht erfüllen, fordern wir die Anerkennung und Respektierung unserer Rechte. Das ist alles. Bei solchem Vorgehen haben wir das Recht zutiefst zu glauben, dass aus diesem Kampfe in dem gegen uns der Haß, die Gewalt, der Mord und der Raub stehen, während hinter uns die ewigen Gesetze der Sittlichkeit, der Gerechtigkeit und des Rechts, die Grundsätze der Atlantik-Charta und der vier Freiheiten stehen, ein starkes, freies und unabhängiges Polen entstehen wird. Ich bin überzeugt, dass die Ruhe und Entschlossenheit, die Disziplin und die Solidarität bei der Ausführung der Befehle der polnischen Regierung und der Anordnungen der Führung des Unterirdischen Kampfes uns in den Stunden der Prüfung und der endgültigen Auseinandersetzung mit den Deutschen nicht verlassen werden.

Es ist nun auch der Augenblick gekommen um Euch gewisse Entschliessungen zu offenbaren, die die polnische Regierung im engen Einvernehmen mit dem Lande vorgenommen hat, und die bis zum heutigen Moment ein Geheimnis bleiben mussten. Die ganze Welt weiss davon, dass über Polen sich die Hitlerverwaltung nur an der Oberfläche gross tut. Die Deutschen haben es nicht nur nicht vermocht sich jemals in Eure Herzen und Hirne einzuschleichen, um Euch zu ihren Knechten zu machen, sondern im unterirdischen Raum Polens besteht der polnische Staat, auf allen Stufen und Abschnitten des staatlichen, politischen, militärischen, sozialen und wirtschaftlichen Lebens organisiert. Die obersten Staatsbehörden, die im Namen dieses Staates noch aussen hin handeln, befindet sich in London. Der polnische Staat hat nie zu bestehen aufgehört, und seine Organisation trat, vom Kriege genötigt in den unterirdischen Raum, wobei sie an der Oberfläche nur diejenigen Faktoren belass, die zur Erfüllung ihrer Pflichten gezwungen sind nach aussen zu handeln.

Im Einklange mit dem Lande, als damaliger Innenminister habe ich dem Ministerrat den Entwurf eines Decrets vorgelegt, der am 1. September 1942 vom Herrn Staatspräsidenten, vom Premierminister Sikorski und von der ganzen Regierung unterzeichnet wurde, und der die vorläufige Organisation der Behörden in den Ländern der

28

Republik bestimmt. Indem ich das Bestehen eines solchen Dekrets verkünde, wünsche ich, die polnischen Staatsbürger im Lande zu unterrichten über die rechtlichen Grundlagen der Verwaltung und die Zuständigkeit desjenigen Ministers der Republik, dem eine besondere Aufgabe anvertraut ist, nämlich die Funktionen eines Delegierten der Regierung der Republik, und der im Bereich der inneren Staatsverwaltung die Berechtigungen aller obersten Staatsbehörden inne hat. Dem Delegierten der Regierung steht auch das Recht zum Erlass vorläufiger Verordnungen in den Fällen zu, in denen im Sinne der rechtsverbindlichen Vorschriften dieses Recht der Ministerpräsident, der Ministerrat und die Minister haben. Der Delegierte der Regierung übt seine Berechtigungen in Übereinstimmung mit den Weisungen und Instruktionen der Regierung der Republik aus, unter Beihilfe seines Amtes und seines Verwaltungsnetzes in enger Verbindung mit der politischen Landesvertretung und mit dem Kommandanten der Landesarmee. Auf diese Weise wird die harte staatliche Pflicht erfüllt, die die volle Stetigkeit der staatlichen Behördenorganisation im unterirdischen Polen sichert. Da in nicht zu fernher Zeit der Augenblick für das Sichtbarwerden der Führung des unterirdischen Kampfes kommen kann, darum fasste die polnische Regierung einen besonderen Beschluss die Tatsache des Bestehens des Dekrets vom 1. September 1942 zu offenbaren. Der Delegierte der Regierung im Lande, vom Präsidenten der Republik zum Minister ernannt, übt gleichzeitig im Lande bis zur Rückkehr des Ministerpräsidenten die Funktionen des Stellvertreters des Ministerpräsidenten so aus, wie der Stellvertreter des Ministerpräsidenten in London während der Abwesenheit des Ministerpräsidenten amtiert. Der Minister - der Delegierte der Regierung der Republik im Lande wird im gegebenen Augenblick seinen Namen und seinen Amtssitz bekannt geben. Heute kennt Ihr seine Erklärungen und Instruktionen mit der Unterschrift: Der Delegierte der Regierung.

Ich bin gewiß, dass sie für Euch ebenso verbindliche Befehle bleiben werden wie sie es bisher waren und dass das Verantwortungsgefühl der Bürger der Republik, das uns in den Augenblicken der schwersten Prüfungen nicht enttäuscht hat, uns auch jetzt nicht enttäuschen wird.

Bürger der Republik! Jeder von Euch in den entlegensten Teilen des Landes kennt seine Rechte und seine Pflichten. Die Instruktionen und Befehle sind bis zu Euch vorgedrungen. Indem Ihr sie diszipliniert, solidarisch, mit Entschlossenheit und Ruhe in den kommenden Tagen der endgültigen Bewahrung erfüllt, erfüllt Ihr Eure Pflichten im Kampf um die Rechte, deren Namen lautet: ein starkes, freies und unabhängiges Polen und in diesem Polen ein freier und glücklicher Bürger.

27

X 29

Das Land an den Ministerpräsidenten der polnischen Republik.

Im Zusammenhang mit der am 6.1. des Jahres an das Land durch den Ministerpräsidenten Stanislaus Nikolaiczky gehaltenen Rundfunkrede, schickten der politische Landesausschuss und der Beauftragte der polnischen Republik für die Heimat folgendes Telegramm nach London: "Herr Ministerpräsident! Ihre vom 6.1.44 an das Land gerichtete Rede hat die polnische Öffentlichkeit als einen neuen Beweis der ständigen Einheitlichkeit der Stellungnahme der Regierung der polnischen Republik und des ganzen polnischen Volkes aufgefasst. Die Öffentlichkeit im Lande giebt sich vollständig Rechenschaft über die schwere und komplizierte Lage, in die wir durch den Einmarsch der Sowiettruppen in das Gebiet der polnischen Republik ohne vorherigem Einverständnis noch Anknüpfung durch die Sowietregierung normaler diplomatischer Beziehungen zu der polnischen Regierung, versetzt wurden. Angesichts dieses neuen geschichtlichen Versuches schart sich das ganze polnische Volk um so stärker um seine Regierung und ist entschlossen unter der Führung dieser Regierung alles zu tun, was zur Verteidigung der billigen Rechte der polnischen Republik nötig sein wird. Die Öffentlichkeit der Heimat ist ~~XXXX~~ zusammen mit der Regierung mit der Anknüpfung und Festigung der guten Nachbarverhältnisse völlig einverstanden. Aber gleichzeitig steht und wird auch in allen Lagen diese Bevölkerung unerschütterlich auf dem Standpunkt der Unantastbarkeit der Ostgrenze Polens stehen, die durch den riser Vertrag festgelegt wurde und fordert jetzt und in der Zukunft das Respektieren der souveränen Rechte durch die Sowiettruppen. Auf Grund unserer historischen Rechte und der Rechte der internationalen Abkommen dürfen wir erwarten und vertrauen, dass die für Freiheit und Gerechtigkeit kämpfenden verbündeten Völker diesen unseren Standpunkt verstehen und auch teilen, indem sie sich jeglichen Beanstandungen unserer Rechte an sämtliche Teile des polnischen Reiches widersetzen. In unerschütterlicher Treue zu unseren Verträgen mit den westlichen Alliierten kämpfen wir jetzt und in der Zukunft mit den Deutschen bis zur vollständigen Zerschmetterung der deutschen Eindringlinge und bis zur Stabilisierung der Freiheit und des Friedens für Polen und die ganze Welt.

Interview mit dem Premier Mikolaiczky im News Chronicle.

Im londoner Organ "News Chronicle" erschien am 4. Januar ein Interview des Schriftleiters dieser Zeitung Vernon Borlett mit dem Premier Mikolaiczky.

Die Antwort des Ministerpräsidenten auf die Fragen des Schriftleiters lauteten: "Wenn Polen dem sowjetisch-tschechischen Bündnis beigetreten ist, so geschah dies unter der Bedingung, dass der Beitritt Polens zu diesem Pakt mit dem polnisch-englischen Bündnis und den Plänen einer ausgedehnten europäischen Organisation zur Erhaltung des Friedens im Einklang stehen wird."

Eine andere Frage lautete: Wie weit stören die polnischen Unterirdischen Organisationen die deutschen Verbindungs Linien mit der Ostfront und in wie fern werden die polnischen Organisationen mit der sowjetischen Truppen, falls diese das Gebiet Polens betreten werden, zusammenarbeiten?

Die Antwort lautete: "Diese Frage trifft den Kern der zwischen Polen und der Sowjet-Union bestehenden Schwierigkeiten. Vor vier Monaten richtete sich der Gouverneur Frank an die Polen in der Hoffnung, dass wir für die versprochene bessere Behandlung unsere Aktion gegen die Deutschen einstellen und in Zukunft sogar zu einer Aktion gegen

24 20

Russland übergeben werden. Obwohl bisher 2.500.000 Polen und Juden erschlagen wurden und über 300.000 sich in Gefängnissen und Konzentrationslagern befinden, stiess der Gouverneur Frank auf eine entschiedene Abgabe. Darauf kam Himmler nach Polen um selbst die neuen Methoden zur Brechung des polnischen Widerstandes zu überwachen. In Angelegenheit der Widerstandsleistung in Polen bestanden zwischen uns und Russland Meinungsverschiedenheiten. Die Russen wällten natürlich, dass die Polen zur offenen Verschwörung greifen, da eine derartige Aktion den grössten Nutzen bringen würde. Wir Polen erachteten eine offene Verschwörung für verfrüht, da kein Heerführer den Hauptangriff beginnen wird, bevor er davon nicht überzeugt ist, dass vom strategischen Standpunkt aus gesehen, die Situation so weit gereift ist, umso mehr da unsere Kampfkraft gebrochen werden könnte bevor noch der Moment des endgültigen allgemeinen Aufstandes in allen Ländern Europas eintreten würde. Irzwischen führten die polnischen unterirdischen Organisationen hauptsächlich Sabotage Akte aus und liquidierten diejenigen Deutschen, die infolge ihrer Grausamkeit besonders gekennzeichnet waren. Die Tatsache doch, dass der Ausbruch des allgemeinen Aufstandes zur Zeit schon nahe ist, wird - meines Erachtens - die zwischen uns und Russland bestehenden Meinungsverschiedenheiten beseitigen. In Angelegenheit der Zusammenarbeit der polnischen unterirdischen Organisationen mit den russischen Truppen, während ihres Eirmarsches auf polnischen Boden, erkläre ich, dass unter der Bedingung das die Schwierigkeiten die auf den territorialen Forderungen entstanden beseitigt werden, wir im Namen eines gemeinsamen strategischen Planes mit den Russen in dem Augenblick in welchem sie in Polen einmarschieren, zusammen arbeiten werden.

Polen zum sowiet-tschechischen Verträge.

Im Zusammenhang mit der Schliessung des sowiet-tschechischen Vertrages, der unter anderem eine Klausel enthält, nach welcher dritten Ländern die Möglichkeit gegeben wird beizutreten, mit einem deutlichen Hinweis auf Polen, erschien in dem halboffiziellen londoner "Dziennik Polski" ein Kommentar, welcher die Stellungnahme Polens zu diesem Verträge erläutert. Der Kommentar stellt in der Einleitung fest, "dass Polen hier keine Einladung zum Beitritt zu dem Verträge erhalten hat. Die Stellung Polens zu dem Leitgedanken des gegen Deutschland gerichteten Abkommens ist positiv. Die polnische Regierung hat wiederholt ihren Willen mit Russland in friedlichen und guten Nachbarverhältnissen zu verbleiben unterstrichen, weil sie ihn für ein wichtiges Moment einer umfassenderen Lösung die das System der allgemeinen Sicherung darstellt, ansieht.

Die allgemeine Sicherung kann jedoch nicht nur durch beiderseitige Verträge gefestigt werden, sondern durch die Teilnahme aller Staaten an der internationalen Organisation die über die Streitkräfte verfügt, welche die Sicherheit aller vereinigten Völker schützt.

Zu den Grundsätzen die in den sowiet-russischen Abkommen enthalten sind (gegenseitige Anerkennung der Unabhängigkeit und der staatlichen Souveränität, wie auch das Nichteingreifen in die inneren Verhältnisse)" sind noch diejenigen Grundsätze hinzuzufügen, welche für Polen nicht minder wichtig sind: 1. Der Grundsatz der Freiheit, der Unabhängigkeit und Unversertheit des Staates, 2. der Grundsatz der allgemeinen Sicherheit, 3. die Treue zu den die Polen verpflichtenden Bündnissen, 4. gute Nachbarverhältnisse mit Polen, 5. die Zusammenarbeit der kleineren Staaten in Europa, welche sie vor der politischen und ökonomischen Hegemonie Deutschlands bewahren soll."

Sowietregierung gegen die polnische Regierung.
Der Tassbericht v. 11.1.1944.

Am 11. Januar des Jahres wurde in London eine Deklaration des polnischen Staates die polnisch-sowietischen Verhältnisse betreffend, die einige irrtümliche Behauptungen enthält, unter anderen die irrtümliche Behauptung betreffs der polnisch-sowietischen Grenze, veröffentlicht. Bekanntlich bestimmte die Sowietkonstitution die polnisch-sowietische Grenze gemäss den Wünschen der Bevölkerung der West-Ukraine und West-Weissrutiens, welche in der Volksabstimmung nach den breiten demokratischen Grundsätzen im Jahre 1939 zum Ausdruck gebracht wurden. Das Land der West-Ukraine, bewohnt hauptsächlich durch Ukrainer, wurde an die Sowiet-Ukraine und der Boden ~~XXXXXX~~ West-Weissrutiens, hauptsächlich durch Weissruten bewohnt, an Sowiet-Weissruten angeschlossen. So wurde die Ungerechtigkeit ausgeglichen, die durch den rigaer Vertrag vom Jahre 1921 zugefügt und der Sowiet-Union, soweit es sich um die Ukraine die die Westukraine und die Weissruten, die Westweissruten bewohnen, handelt, aufgeworfen. Die Rückkehr der Westukraine und Weissrutiens zur Sowiet-Union hat nicht nur die Interessen Polens nicht berührt, sondern im Gegenteil, sie hat feste Grundsätze für eine starke und dauernde Freundschaft zwischen dem polnischen Volke und benachbarten ukrainischen, weissrutenischen und russischen Völkern geschaffen. Die Sowietregierung erklärte sich wiederholt für die Wiederherstellung eines starken und unabhängigen Polens und für die Freundschaft mit Polen. Die Sowietregierung erklärt neuerlich, dass sie nach der Festlegung dauernder und freundschaftlicher Verhältnisse zwischen Polen und der U.d.S.S.R. strebt, und sollte es das polnische Volk wünschen, gestützt auf einem Bündnis der gegenseitigen Hilfe. Das Beitreten Polens zu dem sowiet-tschechischen Abkommen könnte zur Erreichung dieses Zieles beitragen. Die Erfolge der Sowiettruppen beschleunigen mit jedem Tage den

32

Augenblick der Befreiung der besetzten Gebiete der Sowjetunion. Die siegreiche Aktion unserer Streitkräfte und die durch unsere Verbündeten durchgeführten Operationen, führen zu einem Zusammenbruch der deutschen Kriegsmaschine und zur Befreiung Polens und anderer besetzter Länder. Der Verband der polnischen Patrioten in Sowjetrußland und die polnischen militärischen Einheiten die durch diesen Verband gegründet wurden, kämpfen an der Front Arm an Arm mit den Truppen der roten Armee, sie nehmen bereits am Kampfe um die Befreiung teil. Zur Zeit bietet sich die Gelegenheit des Wiederaufbaues Polens zu einem starken und unabhängigen Staate, aber Polen kann nicht durch die Besetzung Weissrutiens und der Ukraine wieder erbaut werden, sondern lediglich durch die Inbesitznahme der seit jeher polnischen Gebiete, die durch die Deutschen weggenommen wurden. Nur auf diesem Wege können die freundschaftlichen Beziehungen zwischen den polnischen, weissrutienschen, ukrainischen und russischen Völkern bestehen. Die Ostgrenze Polens kann durch einen Vertrag mit der Sowjet-Union festgelegt werden.

Die Sowjetregierung betrachtet keineswegs die Grenze von 1939 als unabänderlich. Die Grenze kann zu Gunsten Polens so geändert werden, dass die Bezirke in welchen die polnische Bevölkerung überwiegt, dem polnischen Staate wiedergegeben werden. In diesem Falle würde die sowjet-polnische Grenze mehr oder weniger entlang der sogenannten Kurzonlinie, die im Jahre 1919 durch den höchsten Rat der vereinigten Mächte angenommen wurde, verlaufen. Diese Linie sieht den Anschluss der Westukraine und Westweissrutiens an die Sowjet-Union vor. Die Westgrenzen Polens müssten durch den Anschluss der seit jeher polnischen Länder, die Polen durch die Deutschen genommen wurden, erweitert werden. Ohne diese Veränderungen ist die Zusammenfassung des ganzen polnischen Volkes in den Grenzen eines Staates, der den unbedingt erforderlichen Zugang zum Baltischen Meere haben muss, unmöglich. Die berechtigten Bestrebungen des polnischen Volkes nach einer vollständigen Einheit im Ramen eines starken und unabhängigen Staates, müssen anerkannt werden und volle Unterstützung finden. Die von dem Volke getrennte polnische Emigrations-Regierung erwies sich als unfähig für die Festlegung der Freundschaftsverhältnisse mit der Sowjet-Union. Sie war auch nicht im Stande auf polnischem Boden einen Kampf gegen den deutschen Eindringling aufzunehmen. infolge einer fehlerhaften Politik-Führung arbeitete sie sogar zu Gunsten der Deutschen. Die Interessen Polens und der Sowjet-Union liegen in der Festlegung der ständigen Freundschaftsverhältnisse zwischen beiden Staaten, die auch der Einigkeit des polnischen, ukrainischen, weissrutienschen und russischen Volkes im Kampfe gegen den gemeinsamen Aussenfeind, sowie es die gemeinsame Sache aller Länder verlangt.

Die polnische Regierung bittet Grossbritannien und die Vereinigten Staaten um Vermittlung. (15.1.1944)

Am 15. Januar des Jahres veröffentlichte die polnische Telegraphenagentur eine Deklaration der polnischen Regierung folgenden Inhaltes: "Die polnische Regierung nahm Kenntniss von der im Tassbericht vom 11. Jänner 1944 enthaltenen Erklärung der Sowjetregierung, welche die Antwort auf die Deklaration der polnischen Regierung vom 5. Januar ist. Der Sowjetbericht enthält eine Reihe Behauptungen, welche durch einen unaufhörlichen Kampf mit Deutschland auf Kosten der schwersten Opfer des polnischen Volkes ~~XXXXXXXX~~ unter Führung der polnischen Regierung, beantwortet werden.

323

In tiefer Sorge um die Erhaltung der vollen Solidarität der vereinigten Völker, besonders während des entscheidenden Zeitabschnittes ihres Kampfes mit dem gemeinsamen Feinde, erachtet der polnische Staat für zweckmäßiger sich von einer weiteren öffentlichen Diskussion fernzuhalten. Die polnische Regierung kann die einseitigen Entschlüsse oder vollendeten Tatsachen, die auf dem Boden des polnischen Staates sich abspielen oder abspielen sollten, nicht anerkennen, umso mehr brachte sie wiederholt zum Ausdruck, dass sie ein polnisch-sowjetisches Einverständnis auf gerechten, für beide Seiten annehmbaren Bedingungen, wünscht.

Deshalb wandte sich die polnische an die britische und amerikanische Regierung mit der Bitte um Aufnahme, durch ihre Vermittlung, der Unterhandlungen zwischen der polnischen und sowjetischen Regierungen unter Teilnahme der britischen und amerikanischen Regierungen betreffs des Komplexes der bestehenden Probleme, deren Lösung zu einer dauernden und freundschaftlichen Zusammenarbeit zwischen Polen und der Sowiet-Union führen müsste. Die polnische Regierung ist der Ansicht, dass dies im Interesse des Sieges der vereinigten Völker und der harmonischen Regelung der Nachkriegs-Verhältnisse in Europa liegt."

Die Vermittlung der Alliierten.

An demselben Tage teilte Reuter mit, dass Minister Iden in der Sowietbotschaft in London dem Botschafter Gussow eine Erklärung der polnischen Regierung vom 14. des Monats, zwecks Weiterleitung an Moskau, überreichte. Gleichzeitig traf aus Washington die Nachricht ein, dass das Staatsdepartament, nach Erhalt der polnischen Erklärung, sofort eine gründliche Prüfung der Angelegenheit herantrat. Am 17.1. erklärte der Staatssekretär Hull, dass die Regierung der Vereinigten Staates die Sowietregierung durch ihren Botschafter in Moskau von ihrer Bereitwilligkeit, Schritte zu unternehmen, die zur Erneuerung der guten Verhältnisse zwischen Polen und Russland zielen, in Kenntnis setzte. Die amerikanische Regierung - sagte Hull - ohne der Sache auf den Grund zu gehen, sprach die Hoffnung aus, dass sich irgend welche Mittel finden würden mit deren Hilfe die Verhältnisse zwischen den beiden Mitgliedern der vereinigten Völker erneut würden. "Associated Press" teilte damals mit, dass Washington einen gewissen Optimismus hegt, dass die Sowjets eine wohlwollende Antwort auf die Note Hull geben würden. Das Staatsdepartament glaubt daran, dass Moskau gewillt sein wird in Angelegenheit der Neuvermittlung der diplomatischen Verhältnisse gute Dienste von dritter Seite anzunehmen. Die Agentur machte jedoch auf die Tatsache aufmerksam, dass Hull betreffs des territorialen Streites nichts erwähnte.

Die Sowiet-Union will keine Verhandlungen. Sowjeterklärung vom 17.1.44.

Die Anglo-sächsische Hoffnungen erfuhren eine strenge Enttäuschung nach der Veröffentlichung am 17.1. des Jahres folgender sowjetischer Antwort auf die polnische Erklärung vom 14. Januar:

"Die Erklärung der polnischen Regierung in welcher das grundsätzliche Problem der Anerkennung der Curzonlinie als polnisch-sowjetische Grenze völlig übergegangen und ignoriert wurde, kann nicht anders aufgefasst werden als eine glatte Ablehnung der Anerkennung der Curzonlinie."

34
34

Wenn es sich um die Suggestion der polnischen Regierung zur Aufnahme offizieller Verhandlungen mit der Sowjet Regierung handelt, ist die Sowjet Regierung der Ansicht, dass eine derartige Suggestion auf eine Irreführung der öffentlichen Meinung gerichtet ist, weil es nicht schwer ist anzunehmen, dass die Sowjetregierung nicht in der Lage ist offizielle Verhandlungen mit einer Regierung zu führen, mit der sie keine diplomatischen Verhältnisse aufrecht erhält. Sowjetkreise erinnern daran, dass die diplomatischen Beziehungen zu der polnischen Regierung durch das Verschulden dieser Regierung infolge ihrer tätigen Anteilnahme an dem feindlichen antisowjetischen Verleumdungsfeldzug, der durch die deutschen Eindringlinge im Zusammenhang mit dem Katyner Mord geführt wurde, abgebrochen wurden. In der Meinung der sowjetischen Kreise beweisen obenangeführte Tatsachen noch einmal, dass die jetzige polnische Regierung nicht die Absicht hat gute nachbarliche Beziehungen mit der Sowjet-Union aufzunehmen."

Polnische Erläuterung.

Am anderen Tage veröffentlichten die britischen Zeitschriften folgende aus amtlichen polnischen Kreisen stammende, kurze Erläuterung zur Sowjet-Antwort:

"Der Ton und Inhalt des sowjetischen Berichtes sind bemitleidenswert, besonders im Lichte eines völlig anderen Tones und Inhaltes der versöhnenden polnischen Erklärung, welche ein Beweis dafür ist, dass von polnischer Seite der Wille alles zu unternehmen was in ihrer Macht lag zwecks Stärkung der Solidarität zwischen den vereinigten Völkern vorhanden war.

Telegramm des Rates der nationalen Einigkeit...

In Zusammenhang mit den sowjetischen Erklärungen vom 11.1. und 17.1. 1944 die die polnischen-sowjetischen Beziehungen betreffen erklären wir im Namen der Gesamtbevölkerung in der Heimat: "Der einzige legale und rechtmässige Vertreter des polnischen Volkes ist die polnische Regierung in London, um die sich alle Schichten der polnischen Bevölkerung, alle seine politischen Richtungen und Lager diszipliniert sammeln; Die einzige Ausnahme sind die wenigen Gruppen die in sowjetischen Diensten stehen.- Unter der Leitung ihrer Regierung führte die polnische Bevölkerung einen unbeugsamen Kampf mit den Deutschen schon damals als die Sowjets mit dem dritten Reich in einem Bündnis standen und ihm im Kampfe gegen die vereinigten Völker halfen. Diesen Kampf setzt die polnische Bevölkerung unaufhörlich fort, bringt in ihm ungeheure Opfer, wendet dabei Methoden an, die den polnischen Interessen entsprechen und wird sich nicht als Werkzeug für die durch die Sowjets vorgeschriebenen Pläne benutzen lassen, die wiederum nach einer Teilung Polens und der Aufzwingung einer kommunistischen Verfassung streben.- Die polnischen Ostgebiete, die die Sowjets in ihrer Erklärung fordern wurden durch sie in einem Einverständnis und Mitwirkung der Deutschen, beherrscht. Die Volksabstimmung wurde in diesen Gegenden unter dem Terror der sowjetischen Besatzungsbehörden durchgeführt und hatte mit der freien Willensäußerung der Bevölkerung dieser Gegenden nichts gemeinsam.

Die Behauptung dass das Schicksal dieser Landesteile die sowjetische Konstitution bestimmt hat, steht in Widerspruch mit der Logik, sowie mit sämtlichen internationalen Rechten und Begriffen. Das polnische Volk wirft kategorisch und rücksichtslos die sowjetischen Ansprüche auf die östlichen Gebiete des polnischen Staates zurück, steht auf dem Standpunkt der Unantastbarkeit der durch den rigauer Vertrag festgelegten Grenze und wird sich niemals mit einer Besetzung, welchen Teiles Polens es auch sei, zufrieden erklären. Das polnische Volk ist bereit mit allen ihm zur Verfügung stehenden Mitteln die gesamten polnischen Ostgebiete zu verteidigen.

Der Rat der nationalen Einheit
und der Bevollmächtigte der Regierung
des polnischen Staates

Warschau, den 20.1.1944

36 36

Der Standpunkt Grossbritanniens zu dem polnisch-sowjetischen Konflikt.

Der polnisch-sowjetische Zwist war zweimal Gegenstand einer Aussprache im Unterhause. Zum ersten Mal am 19. Januar, "nach jenem Zuschlagen der Türen", als Minister Eden auf eine Reihe von Anfragen und Interpellationen erklärte: "Ich glaube nicht, dass es angebracht wäre, alle diese besonders schwierigen und delikaten Probleme in der jetzigen Zeit zu besprechen. Es ist klar, dass diese Angelegenheiten ständig die Gedanken der Regierung S.K.L. beschäftigen, insbesondere das Aussenministerium. Wir stehen in dauernder Fühlungnahme mit den beiden interessierten Parteien - mit der Regierung der Sowjetrepublik und mit der polnischen Regierung in London. Es ist unser grösster Wunsch, freundschaftliche Beziehungen zwischen diesen beiden Ländern herbeizuführen, die Erreichung dieses Zieles kann für die Zukunft Europas unberechenbare Folgen nach sich ziehen. Ich bin dessen gewiss, daß das Haus das gleichfalls empfindet, daß - insbesondere in diesem Moment - die größte Zurückhaltung geübt werden muß, und ich bin überzeugt, daß wir in diesem Falle auf die Unterstützung der Mitglieder des Hauses rechnen können".

Entgegen seiner eignen Mahnung an die Adresse der Parlamentsmitglieder, daß sie das polnisch-sowjetische Problem möglichst zurückhaltend behandeln mögen, berührte Minister Eden diese Angelegenheit auf einer Sitzung des Unterhauses am 26. Januar, als C. Hull in Washington die betreffende Antwort der Sowjets auf den Vermittlungsvorschlag der Vereinigten Staaten veröffentlichte. Auf die Anfrage des konservativen Unterhausmitgliedes Pickthorne, Professor für Geschichte an der Universität Cambridge, ob die britische Politik sich weiterhin auf die Erklärung des Premierministers Churchill vom 3. September 1940 stützt, antwortete Eden bejahend und zitierte diese im Wortlaut: "Niemals haben wir seit Kriegsausbruch den Standpunkt eingenommen, daß die Gebiete der einzelnen Staaten keinen Änderungen unterliegen könnten, andererseits jedoch anerkennen wir keine und werden wir keine territorialen Änderungen anerkennen, die im Kriege vorgenommen wurden, es sei denn, daß sie freiwillig und in voller Einmütigkeit der interessierten Parteien erfolgt sind." Minister Eden stellte fest, daß die britische Regierung den in der Erklärung niedergelegten Standpunkt Churchills vom 3. September 1940 völlig teile.

Danach erinnerte Eden an den Inhalt der Note, die er an den damaligen Premierminister der polnischen Regierung General Sikorski nach der Unterzeichnung des polnisch-sowjetischen Abkommens gerichtet hat (30. Juli 1941). Diese Note stellt fest: "Die britische Regierung anerkennt keine territorialen Änderungen, die nach dem August 1939 in Polen vollzogen wurden". Minister Eden versicherte, daß die britische Regierung weiterhin auf diesem Standpunkt und auf den in der Atlantik-Charta formulierten Grundsätzen besteht.

Der Minister Eden wurde anschließend um eine Erläuterung gebeten, ob die Erklärung Churchills vom 3. September 1940 sich auf ein Feindesland beziehe, worauf der Minister sagte: "In dieser Hinsicht kann es kein Mißverständnis geben. Was die Feindländer anbetrifft, so finden hier ausschliesslich die bereits verkündeten Grundsätze über die unbedingte Kapitulation Anwendung".

37 x 38

Über den polnisch-sowjetischen Grenzstreit, über die Curzon-Linie und über die in diesem Zwist eingenommene Haltung der britischen Regierung befragt, erklärte Eden, daß die britische Regierung in diesem Augenblick die Veröffentlichung einer Reihe von Dokumenten vorbereite, die sich auf die Politik Großbritanniens in den Jahren 1919-1939 beziehen und daß er in Kürze in der Lage sein werde, gewisse Einzelheiten aus diesem Sachgebiet bekanntzugeben. Da jedoch an diesen Dokumenten auch andere Regierungen interessiert sind, so müssen sie in dieser Materie befragt zu werden. Diese Dokumente bilden auch einen Bestandteil der internationalen Besprechungen nach dem ersten Weltkriege und wurden bis zu diesem Zeitpunkt nicht in vollem Ausmaß veröffentlicht. Die britische Regierung kann jedoch nicht allein darüber entscheiden, ob und welche Dokumente veröffentlicht werden können.

Beschluß des Vollzugsausschusses der Labour-Party.

Nach dem Auftreten des Ministers Eden im Unterhause mit der Erklärung über die Garantie Großbritanniens für Polen und nach der Veröffentlichung der Tatsache der Ablehnung der amerikanischen Vermittlung durch C.Hull verlaublichte der nationale Vollzugsausschuss der Britischen Arbeiterpartei auf der am 27.1. stattgefundenen Sitzung eine Erklärung folgenden Inhalts: "Indem der Nationale Vollzugsausschuss der Britischen Arbeiterpartei anerkennt, daß ein freies und unabhängiges Polen mit Recht seinen Platz in jedem künftigen Verband der freien und friedliebenden Nationen einnimmt und eine Lebensnotwendigkeit für das Nachkriegseuropa bildet, blickt er mit ernster Sorge auf die Divergenzen, die zwischen der Sowjetunion und Polen entstanden sind. Der Nationale Vollzugsausschuss der Arbeiterpartei vertraut darauf, daß die guten Dienste der Vereinigten Staaten und Großbritanniens ausgenutzt werden können zur Herbeiführung einer freundschaftlichen Erledigung der strittigen Angelegenheiten, einschließlich der Wiederherstellung der diplomatischen Beziehungen zwischen dem Verband der Sozialistischen Räterepublik und der polnischen Regierung!"

Die Entschließung des polnischen Nationalrates.

Der Nationalrat der Republik fasste auf der Vollsitzung am 25.1. folgende einstimmige Entschließung: "Nach Anhören des Rechenschaftsberichtes des Ministerpräsidenten am 18. Januar, und nach der Durchführung einer Aussprache am 25. Januar stellt der Nationalrat der Polnischen Republik fest, daß:

1. er sich solidarisch erklärt mit der Politik der Regierung und ihr sein volles Vertrauen schenkt.
2. er die Ansicht ausdrückt, daß die Erklärung der Regierung von 14. Januar, in der die Bereitwilligkeit zur Erörterung des gesamten Komplexes der polnisch-sowjetischen Beziehungen unmittelbar mit der Regierung der UdSSR unter Teilnahme der alliierten britischen Regierung und der Regierung der Vereinigten Staaten festgestellt wird, ein Ausdruck für die Versöhnlichkeit Polens ist und für sein Bestreben zur Herbeiführung einer freundschaftlichen Zusammenarbeit Polens mit der UdSSR im Kriege und nach dem Kriege. Der Nationalrat teilt die Ansicht der Regierung, dass die wechselseitigen Beziehungen zwischen den alliierten Nationen auf dem Grundsatz der allgemein verbindlichen Rechtsnormen und des internationalen Zusammenlebens gestalten sollten, nicht aber auf dem Grundsatz vollendeter Tatsachen oder einseitiger Entscheidungen".

38 7-38

Die Antwort des Präsidenten Roosevelt an den
Abgeordneten Mruck.

Am 20. Februar 1944 brachte der polnische Rundfunk in seiner Morgensendung aus London die Nachricht über eine neue Erklärung des Präsidenten Roosevelt in Angelegenheit der allgemeinen politischen Probleme und der Probleme Polens. Jetzt bringen wir den vollen Text der Erklärung des Präsidenten Roosevelt laut den aus New York erhaltenen Depeschen. Der amerikanische Kongressabgeordnete Josef Mruck aus Buffalo fordert in einem Brief vom 14. Januar laufenden Jahres von dem Präsidenten Roosevelt die Beantwortung der Frage, ob Präsident Roosevelt an die Möglichkeit eines solchen Friedens nach dem Kriege glaube, der nicht zum Zündstoff eines neuen Krieges wird. Der Abgeordnete Mruck brachte diese Befürchtungen im Zusammenhang mit dem polnisch-sowjetischen Grenzkonflikt zum Ausdruck und drückte die Hoffnung aus, daß dieses Problem im Sinne der Grundsätze gelöst wird, zu denen sich die alliierten Nationen bekennen. In einem Briefe vom 8. Februar antwortete Präsident Roosevelt wie folgt:

"Der heldenmütige Kampf Polens gegen die Streitkräfte der Aggression im Jahre 1939 sowie der ununterbrochene Widerstand des ganzen polnischen Volkes gegen die Hitlerokkupanten begeisterten alle, die für die Freiheit kämpfen. Von Anbeginn des gegenwärtigen Krieges verfolgte ich, sowie die Mitglieder der amerikanischen Regierung die Entwicklung der Ereignisse in Polen mit grosser Sorgfalt. Aus der Presse haben sie gewiß erfahren, daß die amerikanische Regierung im Einverständnis mit der polnischen und sowjetischen Regierung bereit war im polnisch-sowjetischen Konflikt zu vermitteln in der Absicht, die Erneuerung der Beziehungen zwischen beiden Regierungen herbeizuführen. Obgleich die Sowjetregierung vorläufig die Vermittlung der Vereinigten Staaten abgelehnt hat, wird die amerikanische Regierung ihre Bemühungen nicht aufgeben um für alle Opfer der Aggression die Freiheit wiederherzustellen und einen gerechten und dauerhaften Frieden herzustellen, der sich auf die souveräne Gleichheit aller friedliebenden Staaten stützt, unabhängig davon, ob es sich um große oder kleine Staaten handelt."

Premierminister Churchill über die polnisch-sowjetischen
Beziehungen.

Zum Thema der polnisch-sowjetischen Beziehungen sagte Premierminister Churchill in seiner Ansprache im Unterhause am 23. Febr. laufenden Jahres folgendes:

"Ich habe nicht verabsäumt, mit Marschal Stalin die Frage der Zukunft Polens zu berühren. Ich betonte, daß Großbritannien Hitlerdeutschland den Krieg erklärt hat als Ausfluß der Garantie, die Polen gewährt worden ist, und daß es in dieser Angelegenheit niemals seinen Entschluß geändert hat, selbst in dem Zeitabschnitt nicht, als wir uns Deutschland gegenüber ganz allein widersetzen, und daß das Schicksal Polens eine der ersten Stellen in den Erwägungen und in der Politik der Regierung und des britischen Parlaments einnimmt. Mit Vergnügen erfuhr ich von Marschal Stalin, daß er gleichfalls die Schaffung und Erhaltung eines starken, unversehrten und unabhängigen Polens wünscht, als einer der führenden Mächte Europas. Diese Erklärung wurde mehrfach wiederholt, und ich bin überzeugt, daß sie die stabilisierte Politik der Sowjetunion ausdrückt. An dieser Stelle möchte ich daran erinnern,

39

daß wir selber Polen in der Vergangenheit niemals eine spezielle Grenzlinie garantiert haben. Wir haben die Besetzung Wilnas durch die Polen im Jahre 1920 nicht gutgeheißen. Der britische Standpunkt im Jahre 1919 äusserte sich in der sogenannten Curzon-Linie, die ein unparteiisches Herangehen an dieses Problem bedeutet. Ich war stets der Ansicht, daß alle Fragen, die mit territorialen Änderungen verbunden sind, bis zum Kriegsende warten sollten, und daß die siegreichen Mächte dann zu einer formalen und endgültigen Verständigung in allen Fragen gelangen sollten, die Europa als Ganzes betreffen. Dies ist auch weiterhin der Wunsch der britischen Regierung. Der Vormarsch der russischen Armee auf polnischem Gebiet, jedoch, auf dem die polnische unterirdische Armee tätig ist, machte irgendeine mögliche Regelung dieser Angelegenheit unerlässlich, um sämtlichen hitlerfeindlichen Kräften die Zusammenarbeit zu ermöglichen. Im Laufe der letzten Wochen habe ich und der Außenminister mit der polnischen Regierung in London an der Festlegung einer annäherbaren Lösung gearbeitet, die eine Grundlage für die Tätigkeit der kämpfenden Mächte bilden könnte und auch der Mann - wie ich glaube - eine auf guten Willen gestützte Verständigung zwischen Rußland und Polen erzielen könnte. Ich hege eine große Sympathie für die Polen, dieses heldenhafte Volk (in diesem Augenblick würde Beifall gespendet), dessen nationaler Geist durch das Mißgeschick im Laufe der Jahrhunderte nicht unterdrückt wurde, ich hege aber auch Sympathie für den russischen Standpunkt. Rußland wurde in der Geschichte zweimal von Deutschland überfallen. Viele Millionen Russen fielen und riesige Flächen russischen Landes wurden verwüstet. Rußland hat das Recht, sich vor künftigen Angriffen vom Westen her zu sichern, und wir sind damit einverstanden und werden danach streben, daß es solche Sicherung nicht nur aus eigener Kraft, sondern mit Billigung und Zustimmung der Alliierten Nationen erhalten. Polen kann in Kürze durch die russischen Armeen befreit werden, die in Millionen gehenden Menschenverluste erlitten, um die militärische Macht Deutschlands zu brechen. Ich kann nicht einsehen, daß die Forderung Rußlands nach einer Garantie hinsichtlich seiner Westgrenzen, die Grenzen dessen überschreitet, was wir als maßvoll und recht bezeichnen. Stalin und ich, wir stimmen auch der Notwendigkeit zu, daß Polen eine Entschädigung im Norden und Westen auf Kosten Deutschlands erhält."

Die Heimat angesichts der sowjetischen Ansprüche.

Die Heimat steht auf dem Standpunkt der Unantastbarkeit der in dem Rigaer Vertrag festgelegten Ostgrenze der polnischen Republik.

Der Rat der Nationalen Einigkeit und der Landesbevollmächtigte der polnischen Regierung richteten am 15. Februar d. J. an den Ministerpräsidenten Mikolajczyk folgendes Telegramm betreffs der polnischen Grenzfrage:

- 1) Polen mußte im Norden und Westen ganz Ostpreußen, Danzig, Westpommern und das Oppelner Schlesien erhalten. Die deutsche Bevölkerung dieser Gebiete mußte ausgesiedelt werden.
- 2) Wir sind mit einem Junktim zwischen den West- und Ostgrenzen nicht einverstanden. Die Westgebiete können keinen Gegenwert darstellen - es ist nur die Rückgabe der uns einst geraubten Gebiete.
- 3) Wir sind zu Besprechungen unter Beteiligung der Alliierten bereit, zwecks Anknüpfung diplomatischer Beziehungen zu den Sowjets, unter der Bedingung der Respektierung unserer vollen Souveränität und der Nichteinmischung in unsere inneren Angelegenheiten.

- 40 240
- 4) Überhaupt widersetzen wir uns entschieden der Aufnahme der Erörterungen mit der UdSSR zum Thema der Revision der Ostgrenzen. Wir stehen auf dem Standpunkt der Unantastbarkeit der Grenzen, die in dem auch von der Ukrainischen Republik unterzeichneten Rigaer Vertrag festgelegt wurden. Den Sowjets geht es natürlich nicht um Grenzberichtigungen, so wie es Deutschland nicht um den Korridor und Danzig ging, sondern ihre Ansprüche beziehen sich auf die Souveränität und Unversehrtheit Polens.
 - 5) Niemand in Polen würde verstehen, warum Polen den Sowjets die Rechnung für den Krieg mit dem Verlust seiner Gebiete bezahlen soll, und würde auch nicht verstehen, weshalb Polen überhaupt den Krieg gegen Deutschland angenommen hat und ihn das fünfte Jahr führt. Polen hat als erster Staat den Kampf mit Deutschland nicht nur um die eigene, sondern auch die Freiheit ganz Europas aufgenommen. Polen wurde als "die Inspiration der Welt" bezeichnet und nun muß das polnische Volk trotz der erlittenen furchtbaren Opfer erneut gegen die Aggression der Sowjets um seine eigene Freiheit und die Freiheit Europas entschlossen kämpfen. Das polnische Volk glaubt daran, daß die Alliierten und die Welt seinen Standpunkt in vollem Umfange verstehen und ihn auch die Tat unterstützen werden.
 - 6) Wenn jedoch nicht die Gerechtigkeit und das Recht, sondern die Gewalt und die Übermacht triumphieren sollten, dann wird es in Europa keinen Frieden geben, denn das polnische Volk wird sich niemals der Gewalt unterwerfen. Das polnische Volk glaubt jedoch an Bündnisse und glaubt auch daran, dass im Interesse aller friedliebenden Völker die Grundsätze der Atlantik-Charta triumphieren werden. Daher sind wir auch der Meinung, dass die Regelung dieser grundsätzlichen Fragen hinauszuschieben ist, bis jener Augenblick eingetreten ist.
 - 7) Wir werden uns nicht beugen und nicht zusammenbrechen. Im Gegenteil, ein allgemeiner Zusammenbruch und Anarchie würden eintreten, wenn wir den sowjetischen Ansprüchen nachgeben würden.
 - 8) Da wir die wirklichen Ziele und Methoden des östlichen Nachbarn kennen, messen wir eventuellen Verträgen betreffend die Amtsausübung unserer Behörden in den von den Sowjets besetzten Gebieten keine grössere Bedeutung bei; wir glauben nämlich nicht an die loyale Erfüllung dieser Verträge.

Der Rat der Nationalen Einigkeit
Der Landesbevollmächtigte der Polnischen
Regierung

Warschau, den 15. Februar 1944.

Die polnische Regierung hat die Curzon-Linie als die zukünftige polnisch-sowjetische Grenzlinie abgelehnt.

Am 24. Februar hat der polnische Außenminister Thaddeus Romer nach der Erklärung des Premierministers Churchill betreffs der polnisch-sowjetischen Beziehungen dem britischen Außenminister Eden die Stellungnahme der polnischen Regierung zu der Frage der polnisch-russischen Grenze mitgeteilt, deren Inhalt folgendermaßen lautet:

XX #11

Die polnische Regierung hat nach Prüfung der Beschlüsse der alliierten Mächte vom Jahre 1919 betreffs der Frage der polnisch-sowjetischen Demarkationslinie, sowie des Beschlusses des Botschafterrates vom Jahre 1923 betreffs der Anerkennung der im Riger Vertrag festgesetzten Grenze die Curzon-Linie als die zukünftige polnisch-sowjetische Grenze entschieden abgelehnt.

Die polnische Regierung wird auf dem gefassten Entschluss unerschütterlich beharren. Der Vorschlag, an eine der alliierten Nationen beinahe die Hälfte des polnischen Territoriums, das von 11 Millionen Bürgern der polnischen Republik bewohnt ist, abzutreten kann vom polnischen Volk weder als Akt der Gerechtigkeit, noch als vernünftige Lösung des Gesamtkomplexes der polnisch-russischen Beziehungen betrachtet werden.

Trotz der Täuschungen und Enttäuschungen wird das polnische Volk seinen verbissenen Kampf gegen die Deutschen fortsetzen.

Gleichzeitig aber wird das polnische Volk weiterkämpfen in der unerschütterlichen Hoffnung, daß der weitere Verlauf des Krieges letzten Endes zum Siege der wahren Grundlagen der Gerechtigkeit führen wird, in deren Sinne im Lager der alliierten Nationen sowohl dem Schwachen wie auch dem Starken dieselben Rechte zugestimmt werden.

Schlußbemerkungen.

Indem wir den veröffentlichten Überblick von Dokumenten und Erklärungen betreffs der polnisch-sowjetischen Beziehungen für den Zeitraum eines Jahres vom Februar 1943 bis zum Februar 1944 abschließen müssen wir feststellen, daß wir uns in dem Augenblick, in dem wir diese Worte schreiben anscheinend dem Höhepunkt des polnisch-sowjetischen Konfliktes nähern. Er wuchs crescendo an und ist in ein Stadium getreten, das angesichts der Schwierigkeiten vom Moskauer Standpunkt aus eine Lösung auf diplomatischem Wege zu finden, das Hauptgewicht des Problems sich im hohen Maße in das Land verlagert hat, d.h. auf das Gebiet der tatsächlichen Entwicklung der politischen und militärischen Verhältnisse in den polnischen Ländern in der aller nächsten Zukunft.

Jedoch bleibt die letzte Etappe der Entwicklung der diplomatisch-politischen Lage nicht so ganz ohne Ergebnis. Man kann daraus gewisse maßen die Bilanz ziehen:

Es ist also vor allem eine ziemlich weitgehende Klärung des sowjetischen Spiels gegenüber Polen, wie auch der Stellungnahme der Alliierten zu dieser Frage eingetreten. Die Stellung, die die Sowjetpolitik in ihren bekannten Erklärungen gezogen hat, weist deutlich darauf hin, daß sie zur Zeit keine Regelung der polnisch-sowjetischen Beziehungen will und im diplomatischen Spiel auf dem internationalen Forum die Schaffung einer taktischen Bewegungsfreiheit gegenüber Polen anstrebt zwecks Erleichterung seiner Politik der von innen oder von außen mit Hilfe der Roten Armee in den polnischen Ländern inszenierten, vollendeten Tatsachen. In dieser Taktik gehen die Sowjets besonders in der Richtung der Untergrabung der Stellung der polnischen Regierung sowohl auf dem Hintergrund ihrer internationalen Politik, wie auch in der Richtung der angeblichen Nichtrepräsentierung der Gesamtheit des polnischen Volkes vor.

In den politischen Auseinandersetzungen auf dem internationalen Forum, die sich zwischen Polen und den Sowjets im Verlauf des Januar 1944 abspielten, hat die englische und amerikanische Politik durch die Annahme des Vorschlages einer Vermittlung in diesem Konflikt, das ganze Problem auf eine breitere Grundlage gestellt, bei der es sich nicht nur um ein formales Meritum der Streitfrage, sondern auch um die Grundsätze der Organisation Europas und um die Grenzen handelt, die für die egoistische, imperialistische politische Expansion Sowjetrußlands geschaffen werden müssen.

Die engel-sächsische öffentliche Meinung zeigte eine verschiedenartige Einstellung betreffs des rein territorialen polnisch-sowjetischen Problems ohne oft zu verstehen, daß es auch vom Standpunkt der für die Unabhängigkeit Polens notwendigen Voraussetzungen wesentlich ist. Aus diesem Grunde konnte man auch auf der Basis der in den letzten Monaten anscheinend immer engeren politischen Zusammenarbeit mit Sowjetrußland Befürchtungen hegen, ob die Politik der engel-sächsischen Mächte nicht in irgendeinem wesentlichen Punkte die vitalen Rechte Polens durchkreuzen würde.

Es hat sich gezeigt, daß das Problem der unabhängigen Stellung Polens in Mittel-Osteuropa ein wesentliches Problem für die britische und amerikanische Politik bildet, was deutlich zu unterstreichen beide Mächte für angezeigt hielten.

Der Ausdruck dessen war eben die von Eden am 26. Januar abgegebene Erklärung. Auf der Basis der Verteidigung dieser vollen Unabhängigkeit eben wird die polnische Regierung unbeugsam bestehen, obwohl sie gleichzeitig ihre volle Bereitwilligkeit zeigt zu einer freundschaftlichen Regelung der Verhältnisse durch eine Erörterung des Gesamtkomplexes der polnisch-sowjetischen Angelegenheiten.

Gleichzeitig aber bedeutet die Erklärung Edens zusammen mit der Rede Churchills vom 22. Februar 1944, daß England sich allen Versuchen einseitiger Lösungen widersetzen wird, und beide Seiten zur Lösung dieser Frage drängt. Die britische Politik will dabei die Grundsätze eines selbstständigen und unabhängigen Polens verteidigen, ist aber nicht der Ansicht, daß es sich auch zu einer Garantie für die Ostgrenzen Polens verpflichtet habe. Es ist dabei klar, daß die britische Politik in diesem Augenblick weiterhin ihre Hauptsächlichste Aufgabe der Aufrechterhaltung der Einigkeit der drei Mächte gegen Deutschland.

Der letzte Zeitraum brachte noch eine Erscheinung: eine weitgehende Unterstützung des polnischen Standpunktes durch die öffentliche Meinung der neutralen Länder, insbesondere der Türkei, Portugals und Schwedens. Die Pressestimmen der Hauptorgane dieser Länder weisen unzweideutig darauf hin, daß sie unmittelbar daran interessiert sind auf welche Weise der sowjetischen Expansion in Europa ein Damm entgegengesetzt wird und durch welche Methoden die polnisch-sowjetische Streitfrage gelöst werden wird. Das ist nicht ohne grössere politische Bedeutung für Polen sowohl gegenwärtig, wie auch für die Zukunft.

Wenn es sich um die Zukunft in den polnisch-sowjetischen Beziehungen handelt, so ist es schwer ein Prophet zu sein. Auf dem Höhepunkte des Konfliktes können folgenschwere Ereignisse eintreten, aber es kann auch gelingen einen Ausweg für die freundschaftliche Regelung der Verhältnisse zu finden. Die polnische Politik wird in jedem Fall danach streben dem polnischen Staate die volle Unabhängigkeit und die Grundlagen für eine freie Entwicklung zu sichern. Ist dieses Ziel der Politik Rußlands entgegengesetzt?

Der polnisch-russische Konflikt ist unseres Erachtens weder etwas natürliches, noch etwas notwendigerweise aus der geopolitischen Lage und den Lebensnotwendigkeiten einer von den beiden Parteien entspringendes. Im Gegenteil, die natürlichen geografischen und politischen Bedingungen Polens und Rußlands drängen keineswegs in unüberwindlicher Weise Polen und Rußland in Gegensatz. Der Konflikt entspringt einzig und allein den von vornherein und von oben aufgezungen Expansions-tendenzen der Sowjetpolitik. Mehr noch, im geschichtlichen Interesse Rußlands liegt das Bestehen eines ziemlich starken Staates in seinen Westgrenzen, der jegliche Angriffspläne in Bezug auf den riesigen und reichen russischen Raum fürchtet, in der richtigen Erwägung, daß er das Risiko dieser Angriffspläne vor allem selber tragen müsste und der sich daher diesen Plänen zu widersetzen vermöchte. Wir wissen, daß in dieser Hinsicht das Bestehen Polens und seiner unabhängigen Politik Sowjetrußland schon in den Jahren 1936-1939 gute Dienste geleistet hat

2413

Der polnisch-sowjetische Konflikt hat für uns eine grundsätzliche Bedeutung und für seine Lösung sind wir bereit unseren ganzen Willen, unsere Kraft und Entschlossenheit und die politischen Möglichkeiten einzusetzen, weil es sich um unser Dasein handelt. Gleichzeitig aber behaupten wir, daß das Bestehen dieses Konfliktes ausschliesslich vom guten Willen der Sowjet Politik abhängt, da es keinen geopolitischen oder geschichtlichen Notwendigkeiten entspricht. Etwas guter Wille von Seiten der Sowjets würde hinreichen den gegenwärtigen Konflikt zu liquidieren und den geschichtlichen polnisch-russischen Konflikt Gegensatz in das Buch der Geschichte zu übertragen. Die unumgängliche Voraussetzung dafür ist jedoch die volle und tatsächliche Respektierung der äusseren und inneren Unabhängigkeit Polens und seiner territorialen und vitalen Rechte.

В деле пронумеровано:
43 листов
фотографий —
Хранитель фондов Сидор, Саша
« 05 » МАР 2013

Всего листов в деле 43
Дефекты:
а) отсутствуют листы —
б) залиты чернилами листы —
в) порваны листы —
г) повторяется нумерация листов —
д) прочие дефекты —
Проверил хр. фондов Улих
(должность, подпись)
Сдал Улих
(должность, воинское звание, подпись)
9 февраля 1977 г.

12.2.87г. фот. Л. И. Ковалева